

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Mir liegt zu diesem Antrag eine ganze Reihe von namentlichen Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor, die wir wie üblich dem Protokoll beifügen.¹⁾

Bevor ich die namentliche Abstimmung, die dazu beantragt ist, eröffne, weise ich darauf hin, dass im Anschluss an die namentliche Abstimmung noch über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/818 abzustimmen ist und nach der vorhin vom Plenum getroffenen Geschäftsordnungsentscheidung an diesen beiden Abstimmungen alle Kolleginnen und Kollegen des Hauses teilnehmen können. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, weise ich noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass für die dann folgenden Tagesordnungspunkte die an der Aktion beteiligten Mitglieder ausgeschlossen sind. Es gibt nicht einen Ausschluss einer Fraktion, sondern beteiligter Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf die Schriftführerinnen und Schriftführer bitten, die vorgesehenen Plätze an den Abstimmungsurnen einzunehmen und mir ein Signal zu geben, wann wir mit der Abstimmung beginnen können.

Hier vorne links vor dem Präsidium fehlt noch ein Schriftführer. – Sind die Plätze an den Urnen jetzt alle besetzt? – Es fehlt immer noch ein Schriftführer aus den Reihen der Opposition vorne links vom Präsidium.

Alle Urnen sind jetzt ordnungsgemäß mit Schriftführerinnen und Schriftführern von Mehrheit und Minderheit des Hauses besetzt.

- (B) Ich eröffne damit die Abstimmung.

Ist noch ein Kollege im Saal anwesend, der seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir geben das Ergebnis der Auszählung später, während des nächsten Tagesordnungspunktes, bekannt.²⁾

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/818. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich bitte um Entschuldigung für die kurze Unterbrechung und setze die Sitzung fort.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 a und 19 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

10 Jahre EEG – Auf dem besten Weg zu einer ökologischen und sozialen Energiewende

– Drucksache 17/778 –

¹⁾ Anlagen 2 bis 6

²⁾ Ergebnis Seite 2201 C

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erneuerbare Energie ausbauen statt Atomkraft verlängern

– Drucksache 17/799 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort als erster Redner hat der Kollege Hermann Scheer von der SPD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Scheer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Hermann Scheer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zehn Jahren hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der SPD, der Fraktionen der Grünen und der PDS sowie mit einigen Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet. Dieses Gesetz ist in der Tat das erfolgreichste Gesetz zur Mobilisierung erneuerbarer Energien in der ganzen Welt geworden. Über 45 Länder haben dieses Gesetz inzwischen übernommen, weil sie sehen: Es ist der schnellste Weg zur Mobilisierung erneuerbarer Energien, der denkbar ist, und allen anderen Politikansätzen überlegen; daran kommt niemand mehr vorbei. Das hat uns in eine federführende Position gebracht, nicht nur bei der Einführung, sondern auch bei der Entwicklung und der industriellen Produktion erneuerbarer Energietechniken.

Dieses Gesetz muss weitergeführt werden. Es muss nahtlos weitergeführt werden können. Es hat eine unseelige Entwicklung überwunden, die hier und andernorts lange Zeit vorherrschte. Es gab pausenlos Stop-and-go-Programme, die es unmöglich gemacht haben, dass auf diesem Gebiet eine industrielle Entwicklung stattfinden konnte.

Dieses Gesetz wurde aber immer infrage gestellt – es wird auch heute noch infrage gestellt –, weil es den herkömmlichen energiewirtschaftlichen Strukturen und den dahinterstehenden Interessen widerspricht. Es ist die Einleitung eines **Strukturwandels**, der unabdingbar ist und der selbstverständlich kein Win-win-Konzept darstellen kann. Wir machen uns etwas vor, wenn das behauptet wird; denn der Strukturwandel in der Energieversorgung, der historisch ansteht, ist zwangsläufig ein Strukturwandel von einer überwiegend zentralisierten

(C)

(D)

Dr. Hermann Scheer

- (A) Energieversorgung, vor allem im Strombereich, um den es hier geht, hin zu einer **dezentralen Energiebereitstellung**. Das hängt mit der Natur der Energiequellen zusammen. Es ist ein Strukturwandel weg von einem Brennstoffmarkt hin zu einem **Technologiemarkt**; denn bei erneuerbaren Energien, außer bei der Bioenergie, werden alle Brennstoffe kostenlos von der Natur bereitgestellt.

Es ist klar, dass das Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien bis hin zur **Vollversorgung** zu ermöglichen, bedeutet, dass der Brennstoffmarkt allmählich verschwinden und irgendwann nicht mehr vorhanden sein wird. Ansonsten brauchte man mit der Förderung der erneuerbaren Energien gar nicht erst anzufangen, wenn es gleichzeitig darum ginge, das Öl-, Gas-, Kohle- oder Urangeschäft in der Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten. Das ist das Prinzip.

Woher kommen die Infragestellungen? Worüber wird heute und wahrscheinlich auch in den nächsten Wochen debattiert? Die Frage ist: Entspricht dieses Vorgehen **Marktprinzipien** oder nicht? Es gibt bestimmte, sehr oberflächliche Marktvorstellungen, die dem Erneuerbare-Energien-Gesetz immer wieder entgegengestellt werden, die aber einer näheren Betrachtung nicht standhalten. Marktprinzip heißt, an allererster Stelle **Marktgleichheit** zu ermöglichen. Marktgleichheit kann nicht bestehen, wenn es über viele Jahrzehnte hinweg durch gesetzliche **Privilegien** wie durch viele Milliarden an **Subventionen** zu einer hochkonzentrierten, herkömmlichen Energiewirtschaft gekommen ist und wenn dann im Zuge der Liberalisierung gesagt wird: Jetzt können die hochgepöppelten Energieunternehmen in ihrer erworbenen und über Jahrzehnte hinweg politisch gestützten Stellung so weitermachen wie bisher; gleichzeitig sollen neue Energietechnologien dagegen antreten. Das heißt, es gab und gibt noch immer nicht die Situation von Marktgleichheit.

(B)

Wenn es aber aus zwingenden ökologischen und weiteren gesellschaftlichen Überlegungen politisches Ziel ist, auf die erneuerbaren Energien umzusteigen, dann muss ein Ausgleich gegenüber der hochkonzentrierten und hochprivilegierten Situation herkömmlicher Energieversorgung geschaffen werden. Dann bedarf es zur Herstellung von Marktgleichheit einer gesonderten Privilegierung erneuerbarer Energien. Das drückt das Gesetz aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gesetz heißt nicht zufällig „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“. Das ist der eigentliche Sinn des Gesetzes. Es ist nicht marktwidrig, sondern es schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, dass künftig tatsächlich von einem Energiemarkt geredet werden kann. Es wird auch dazu führen, dass es statt weniger Anbieter sehr viele Produzenten und Anbieter geben wird. Markt heißt nicht wenige Anbieter oder gar nur ein Monopolist mit Millionen Kunden, sondern Markt heißt möglichst viele Anbieter. Deswegen ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit all dem, was es bewirkt hat, ein

Weg zur tatsächlichen Schaffung von Energiemarktbedingungen in der Gesellschaft. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der in der Debatte nicht vergessen werden darf. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es falsch, im Zusammenhang mit der **Einspeisevergütung** das Wort „Subvention“ in den Mund zu nehmen. Dieses Wort kommt manchem allzu schnell über die Lippen. In einigen Fällen wird es leichtfertig verwendet; in der Regel ist es vorwurfsvoll gedacht.

Die Einspeisevergütungen, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz garantiert, sind aber keine Subvention. Wenn Sie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom März 2001 zum deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz lesen, erkennen Sie, dass der Europäische Gerichtshof den Faden aufgenommen hat, der bei der Begründung, Erstellung und Abfassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Vordergrund stand. Zunächst trifft der Subventionsbegriff der EU auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht zu. Unter einer Subvention im EU-Sinne wird nämlich direkte oder indirekte staatliche Hilfe verstanden. Die gibt es bei der Einspeisevergütung des EEG nicht; denn die öffentlichen Kassen sind gar nicht involviert.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, der viel tiefer geht: Bei der garantierten Einspeisevergütung handelt es sich um eine **Kaufpflicht**, die – mit gewissen Ausnahmen bei Großverbrauchern – alle Stromkunden betrifft. (D) Eine Kaufpflicht kann nur begründet werden, wenn ein zwingendes **öffentliches Interesse** erkennbar ist. Keiner bestreitet mehr, dass es ein öffentliches Interesse an einer Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien gibt. Das öffentliche Interesse ist also eindeutig gegeben. Dieses öffentliche Interesse wird durch die Kaufpflicht umgesetzt. Wenn in Deutschland heute 16 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, heißt das, dass schon heute praktisch jeder einzelne Stromkunde in Deutschland zu 16 Prozent Ökostrom bezieht; das ist eine automatische Folge der Kaufpflicht.

Kaufpflichten im öffentlichen Interesse gibt es zuhauf: Denken Sie nur an die Haftpflichtversicherung, die abschließen muss, wer Auto fahren will. Niemand darf ohne Haftpflichtversicherung Auto fahren. Niemand käme auf die Idee, das eine Subventionierung der Haftpflichtversicherer zu nennen. Es gibt ein öffentliches Interesse daran, dass jeder eine Haftpflichtversicherung hat: dass sich niemand seiner Verantwortung für Schäden, die er verursacht hat, entzieht. Dasselbe gilt für Hausversicherungen und viele andere Sachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit!

(A) **Dr. Hermann Scheer (SPD):**

Vor dem Hintergrund der Philosophie dieses Gesetzes und seiner Wirkungen, die historisch genannt werden dürfen, bitte ich darum, diese Debatte mit den richtigen Begriffen und mit den richtigen Inhalten zu führen, vor allem wenn es darum geht, dieses lernende Gesetz, das ständig weiterentwickelt wird und werden muss, so zu gestalten, dass der Erfolg dieses Gesetzes nicht gefährdet wird. Letztlich geht es darum, dass Deutschland seinen Energiebedarf so schnell wie möglich vollständig aus erneuerbaren Energien deckt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt geben: abgegebene Stimmen 586. Mit Ja haben gestimmt 429, mit Nein haben gestimmt 111, Enthaltungen 46. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	586;	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
davon		Michael Frieser
ja:	429	Erich G. Fritz
nein:	111	Dr. Michael Fuchs
enthalten:	46	Hans-Joachim Fuchtel
		Alexander Funk
		Ingo Gädechens
		Dr. Thomas Gebhart
		Norbert Geis
		Alois Gerig
		Eberhard Gienger
		Michael Glos
		Josef Göppel
		Peter Götz
		Dr. Wolfgang Götzer
		Ute Granold
		Reinhard Grindel
		Hermann Gröhe
		Michael Grosse-Brömer
		Astrid Grotelüschen
		Markus Grübel
		Manfred Grund
		Monika Grütters
		Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
		Olav Gutting
		Florian Hahn
		Dr. Stephan Harbarth
		Jürgen Hardt
		Gerda Hasselfeldt
		Dr. Matthias Heider
		Mechthild Heil
		Ursula Heinen-Esser
		Frank Heinrich
		Rudolf Henke
		Michael Hennrich
		Jürgen Herrmann
		Ansgar Heveling
		Ernst Hinsken
		Peter Hintze
		Christian Hirte
		Robert Hochbaum
		Karl Holmeier
		Franz-Josef Holzenkamp
		Joachim Hörster
		Anette Hübinger
		Thomas Jarzombek
		Dr. Dieter Jasper
		Dr. Franz Josef Jung
		Andreas Jung (Konstanz)
		Dr. Egon Jüttner

Ja**CDU/CSU**

Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach

(B) Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)

Alois Karl
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehnrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler

Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew
- SPD**
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Hans-Peter Bartels
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
- Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leibner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Joachim Poß
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Dr. Carola Reimann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Silvia Schmidt (Eisleben)
- Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Ute Vogt
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries
- FDP**
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
- Harald Leibrecht
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelný
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Heiko Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
Marieluise Beck (Bremen)
Cornelia Behm
Hans-Josef Fell
Priska Hinz (Herborn)
Tom Koenigs
Omid Nouripour
Krista Sager
Manuel Sarrazin
- Nein**
- CDU/CSU**
Wolfgang Börnßen (Bönstrup)
Manfred Kolbe
- SPD**
Ingrid Arndt-Brauer
Klaus Barthel
Dr. Peter Danckert
Michael Groß
- (C)
- (D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | |
|---|--|---|--|-----------------------|
| <p>(A) Wolfgang Gunkel
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Josip Juratovic
Daniela Kolbe (Leipzig)
Dr. Wilhelm Priesmeier
Sönke Rix
Werner Schieder (Weiden)
Dr. Carsten Sieling
Rüdiger Veit
Dr. Marlies Volkmer
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)</p> <p>FDP</p> <p>Dr. h. c. Jürgen Koppelin</p> <p>DIE LINKE</p> <p>Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein</p> | <p>Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsche
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Ingrid Remmers
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Ilja Seifert
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak</p> | <p>Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Katja Dörner
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Dr. Anton Hofreiter
Uwe Kekeritz
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Anna Klein-Schmeink
Ute Koczy
Sylvia Kotting-Uhl
Agnes Krumwiede
Monika Lazar
Agnes Malczak
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe</p> <p>Enthaltung</p> <p>SPD</p> <p>Bärbel Bas
Dr. Bärbel Kofler
Burkhard Lischka
Gerold Reichenbach
Dr. Hermann Scheer
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Sonja Steffen</p> | <p>FDP</p> <p>Dr. Edmund Peter Geisen
Joachim Günther (Plauen)
Heinz-Peter Haustein</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Britta Habelmann
Ulrike Höfken
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Katja Keul
Oliver Krischer
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Dr. Konstantin von Notz
Friedrich Ostendorff
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Markus Tressel
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler</p> | <p>(C)</p> <p>(D)</p> |
|---|--|---|--|-----------------------|

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Als nächster Redner hat nun der Kollege Dr. Michael Fuchs von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Scheer, es ist schon sehr mutig, eine Strom-einspeisevergütung mit einer Haftpflichtversicherung zu vergleichen. Das ist eigenartig und passt nicht zusammen.

Sie wissen genau, dass jeder Arbeitsplatz in der Solarwirtschaft mittlerweile mit rund 153 000 Euro gefördert wird; diese Förderung ist ungefähr doppelt so hoch, wie die Förderung bei den Arbeitsplätzen in der Kohlenför-

derung war. Die **Förderung der Solarwirtschaft** mag von einigen befürwortet werden. Richtig ist sie aber nicht. Wenn die Unternehmen in Deutschland dafür aufkommen müssen, kommt das auch beim Verbraucher, bei den Bürgerinnen und Bürgern, an.

Als Präsident von EUROSOLAR sind Sie, Herr Scheer, der größte Lobbyist der Solarwirtschaft. Wenn man Herrn Kelbers Website betrachtet, erfährt man, dass er in den letzten drei Jahren 90 000 Euro aus der Solarwirtschaft für die SPD in Bonn eingeworben hat. Das ist in Ordnung, und man kann es verstehen. Darauf muss man in diesem Hohen Haus aber gelegentlich hinweisen dürfen.

Ich bin froh, dass wir mittlerweile in erneuerbare Energien eingestiegen sind. Diese Aussage wird Sie bei mir verwundern. Ich halte es aber für richtig.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das hat aber auch lange gedauert!)

Dr. Michael Fuchs

- (A) Ich bin auch froh, dass wir beim **Stromverbrauch** mittlerweile einen Anteil erneuerbarer Energien von 16,1 Prozent erreicht haben. Die einzelnen Anteile für das Jahr 2008 sehen so aus: Windenergie 6,6 Prozent, Wasserkraft 3,5 Prozent, Fotovoltaik – darin liegt meiner Meinung nach der Knick, weil die Subventionen, die wir dafür aufwenden, zu hoch sind – 0,7 Prozent, Biogas 1,3 Prozent, Klärgas 0,2 Prozent und Deponiegas ebenfalls 0,2 Prozent.

Es ist aber nun einmal leider so, dass der Wind nicht immer bläst und die Sonne nicht immer scheint.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grünen können so viel Wind machen, wie sie wollen – sie bewegen damit keine einzige Windmühle.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben den 26. Dezember letzten Jahres und den 6. Januar dieses Jahres erlebt. Diese zwei Tage will ich Ihnen einmal schildern. Am 6. Januar dieses Jahres hatten wir eine sogenannte inversive Wetterlage. Daher sind von den 25 000 Megawatt, die zur Verfügung stehen, nur ganze 300 Megawatt aus den Windanlagen herausgekommen, also nur 1,2 Prozent. Wir hatten an diesem Tage aber einen Strombedarf von über 70 000 Megawatt. Herr Solarpräsident, an diesem Tag kam so gut wie keine Sonne auf der Erde an. Es hat nämlich fast den gesamten Tag über geschneit. Auch mit geringen Physikkenntnissen weiß man, dass die Solarzellen dann nicht allzu viel Strom liefern.

(B)

(Zurufe von der SPD: 80er-Jahre! – Keine Ahnung! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind ja unbelehrbar!)

Das zeigt, dass wir neben der erneuerbaren Energie zusätzlich weitere Energien brauchen, um die Ausfälle an solchen Tagen zu kompensieren. Das Ganze nennt man **Grundlast**. Die Sicherung der Grundlast erfolgt zum Großteil aus zwei Energiebereichen: erstens aus der Kernenergie, die zu 46 Prozent zur Grundlast beiträgt, und zweitens aus fossilen Energien, also Steinkohle, Braunkohle etc., mit 44 Prozent. Eine geringe Rolle spielt mit 10 Prozent noch das Laufwasser, dessen Nutzung in Deutschland aufgrund der geografischen Situation aber leider nicht wesentlich ausbaubar ist, auch wenn wir das gern machen würden.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für ein fossiles Denken! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es wäre sehr sinnvoll, wenn Sie zuhörten. Sie könnten sogar noch etwas lernen. Das ist bei Grünen allerdings schwierig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass wir diese Grundlast nach wie vor benötigen. Daher müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir denn vorangehen wollen. Grundlast be-

deutet: Wir brauchen sichere Energie für den Fall, dass die Erneuerbaren aufgrund der physikalischen Bedingungen nicht zur Verfügung stehen können. Für diese Fälle gibt es nur die gerade erwähnten Alternativen. (C)

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir es uns nicht leisten können, gute, sichere, funktionsfähige **Kernkraftwerke** abzuschalten,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

weil wir nämlich nur daraus CO₂-neutral Energie gewinnen können. Frau Höhn, CO₂-neutral; das ist mir wichtig. Wir wollen nämlich unsere ehrgeizigen **Klimaziele** erreichen. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Risikobehaftet!)

Wenn wir Kernkraftwerke voreilig abschalten würden, bedeutete das doch nichts anderes, als dass wir dann Steinkohle, Braunkohle oder andere fossile Energieträger verwenden müssten, um die Grundlast abzusichern. Das muss doch eigentlich sehr einleuchtend sein.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihre Denke!)

– Gut; wir wollen das gerne im Parlament weiter diskutieren.

Deswegen brauchen wir einen vernünftigen und dynamischen **Energiemix**, der sich aus diesen gesamten Energieträgern zusammensetzt. In dem Moment, in dem uns andere CO₂-freie Energieträger zur Verfügung stehen, die die Grundlast sichern, kann man mit mir selbstverständlich auch über das Abschalten von Kernkraftwerken sprechen. (D)

Bis dahin hat die Kernenergie aber eine Brückenfunktion; denn in dem Moment, in dem sie länger läuft, generiert sie Geld. Dieses Geld können wir in Speichertechnologien stecken, die wir dringend benötigen.

Daneben brauchen wir auch **Übertragungsleitungen**. Beispielsweise sind für die Gewinnung von Strom in Offshorewindparks in der Nordsee vernünftige Übertragungsleitungen erforderlich. Es darf nicht sein, dass jedes Planfeststellungsverfahren für eine Hochspannungsleitung von Nord nach Süd zehn Jahre dauert; denn wenn wir es so handhaben, nutzen wir die Chance, die uns Offshorewindparks bieten, nicht oder zumindest nicht in genügender Weise.

Eines kann jedenfalls nicht funktionieren: Wir dürfen in Deutschland die Energie nicht so verteuern, dass wir am Ende des Tages Industrien vertreiben. Ich möchte nach wie vor, dass Deutschland ein **Industrieland** bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte hier weiterhin die Aluminiumindustrie haben, ich möchte hier die Zinkfabrikation haben, und ich möchte hier die Papierindustrie, die Stahlproduktion etc. haben. Das alles gehört zum Industriestandort Deutschland. Diejenigen, die mir sagen: „Das alles ist egal, und

Dr. Michael Fuchs

- (A) wenn die Preise steigen, dann ist das gut so“, haben dabei völlig übersehen, dass das zu einer Deindustrialisierung unseres Standortes führt. Das ist nicht mein Deutschland, und das ist auch nicht mein Deutschlandbild.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann nicht funktionieren, dass dieselben Demonstranten, die gegen die Kernkraft auftreten, natürlich auch gegen die **Endlagerung** demonstrieren. Nebenbei: Das ist auch ein Bereich, den ich mit den Windfall Profits finanzieren möchte, den die Energiebetreiber durch die Kernkraft erzielen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Davon höre ich nichts!)

– Liebe Frau Höhn, in diesem Fall hat gerade Ihre Fraktion, die den Umweltminister bzw. die Umweltministerin viele Jahre lang gestellt hat, völlig versagt. Sie – rote und grüne Minister – haben sich elf Jahre lang nicht ein einziges Mal darum gekümmert, eine vernünftige Endlagerung sicherzustellen. Es ist doch Ihre Schuld, dass wir bis heute noch keine Lösung gefunden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wir waren sieben Jahre lang in der Regierung!)

- (B) Was haben Sie denn in den elf Jahren gemacht, in denen Sie dieses Ministeramt innehatten?

Es kann nicht sein, dass Sie gegen die Kernkraft demonstrieren, gleichzeitig aber auch gegen die Endlagerung sind. Auch sagen die Grünen: Wir sind selbstverständlich gegen neue, moderne Kohlekraftwerke – Stichwort Ensdorf, Stichwort Mainz –, und wir sind natürlich auch gegen CCS. Carbon Capture and Storage darf es schon gar nicht geben, weil das niemand in seinem Land unter seinen Füßen liegen haben will. Wir wollen das nicht in den Boden verpressen. Wir sind auch gegen Übertragungsleitungen von Nord nach Süd. Eine Hochspannungsgleichstromübertragungsleitung darf also nicht gebaut werden – Stichwort: Elektrosmog usw.

Ihre Grünen stehen da und sagen: Das kommt überhaupt nicht infrage. Ja, was wollen Sie denn? Wenn Sie das alles nicht wollen, dann muss mir irgendwann einmal jemand erzählen, was Sie wollen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Erneuerbare!)

– Ja, aber ich sage Ihnen doch gerade: Sie können die erneuerbare Energie nicht ins Land bringen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich, Sie aber vertreiben sie ja aus dem Land!)

Es nützt uns doch nichts, wenn sie nicht im Land ist.

Ich möchte Folgendes erreichen:

Erstens möchte ich, dass Sie sich aufregen; das ist mir gelungen. (C)

Zweitens möchte ich, dass Sie erkennen, dass wir ohne eine vernünftige Brückentechnologie keine Chance haben, in die Situation zu kommen, in die wir kommen müssen, damit wir in Deutschland verlässlich preisgünstigen Strom für die Verbraucher, für die Bürgerinnen und Bürger, zur Verfügung haben und damit die Unternehmen bezahlbaren Strom erhalten, um ihre Produktion aufrechtzuerhalten und den Industriestand Deutschland insgesamt erhalten zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Brücke ist hier!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Hans-Josef Fell vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Wir hatten um eine Kurzintervention gebeten!)

– Entschuldigung, Herr Fell, ich habe übersehen, dass das Wort zu einer Kurzintervention gewünscht wird. Sie sprechen dann danach.

Ich gebe Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion das Wort zu einer Kurzintervention.

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Kollege Fuchs, für diese Mischung in Ihrem Redebeitrag aus Uninformiertheit und Vorurteilen hätten Sie viele Antworten verdient. Ich beschränke mich im Sinne der Geschäftsordnung aber natürlich auf den Punkt, mit dem Sie mich angesprochen haben. (D)

Ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie hier erneut bestätigt haben, dass ich im Gegensatz zu allen 239 anwesenden oder nicht anwesenden Abgeordneten der CDU/CSU meinen SPD-Kreisverband dazu verpflichtet habe, weit über jedes gesetzliche Maß hinaus jegliche Wahlkampfspende an die Partei sofort, ohne Höhenbeschränkung, mit voller Namensnennung und mit Zweckbindung zu veröffentlichen. Das tut kein Einziger Ihrer Abgeordneten.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Oh!)

– Herr Kollege Fuchs, passen Sie jetzt auf. – Das tut vor allem auch Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher und früherer Koordinator für Energiepolitik nicht, der ein Energieberatungsunternehmen hat und bis heute nicht veröffentlichen will, mit wem er Beratungsverträge zu welchen Konditionen abgeschlossen hat. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und mir.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zur Erwiderung Kollege Fuchs.

(A) **Dr. Michael Fuchs** (CDU/CSU):

Herr Kollege Kelber, ich kann jetzt nicht beurteilen, welches Energieberatungsunternehmen der Kollege Pfeiffer hat.

(Ulrich Kelber [SPD]: Schauen Sie im *Kürschner* nach, da steht es drin!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es ist für mich selbstverständlich, dass ich das, was ich tue, auch klar und deutlich mache, und ich erwarte das von Ihnen genauso. Wenn das bei Ihnen vorbildlich geschieht, dann gratuliere ich Ihnen dazu. Damit liegen wir auf der gleichen Wellenlänge.

Auf der anderen Seite sollten Sie aber auch wissen: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. – Sie singen das Lied der Solarindustrie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Ihr Lied haben wir gehört, Herr Fuchs! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie singen das der großen Energiekonzerne!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat der Kollege Hans-Josef Fell vom Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Fuchs, lassen Sie mich ganz kurz auf Ihre Einlassungen eingehen. Wenn Sie die Argumente von Herrn Scheer nicht verstehen, so ist mir das klar: Wer nur in den Denkstrukturen der großen alten Atom- und Energiekonzerne denkt, kann das nicht verstehen. Sie vertreten deren Interessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie deren Plattitüden noch weiter treiben, in einem zukünftigen Energiesystem mit erneuerbaren Energien brauche man **Grundlast**, so müssen Sie endlich einmal lernen, zum Beispiel von Herrn Rohrig, an den der hier in Deutschland höchstdotierte Umweltpreis vergeben wurde und der den Nachweis erbracht hat, dass vollständige, hundertprozentige Vollversorgung mit erneuerbaren Energien und Speichertechnologien möglich ist – ohne Grundlast.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Zu welchen Kosten?)

Wenn Sie das immer noch nicht hören wollen, dann stelle ich nur noch fest: Sie beleidigen die deutschen Ingenieure, die die Lösungen längst auf den Weg gebracht und realisiert haben. Diese Kraftwerke, die Vollversorgung rund um die Uhr gewährleisten, gibt es bereits.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will gar nicht so sehr auf Ihre Falschbehauptungen eingehen; das raubt mir die Zeit, denn es gibt viel Wichtigeres zu sagen.

(C) Ein neues Kapitel der industriellen Weltgeschichte ist vor zehn Jahren in diesem Hohen Hause aufgeschlagen worden. Damals, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und auch von den Medien, wurde das Solarzeitalter hier eingeläutet. Mit einem mutigen Beschluss hat die rot-grüne Bundestagsmehrheit das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** auf den Weg gebracht, übrigens ohne Regierungsentwurf. Auch dies war ein Höhepunkt in der deutschen Parlamentsgeschichte; denn nach dem Grundgesetz ist das Parlament für die Gesetze verantwortlich, nicht die Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Geburtsurkunde der erneuerbaren Energien wurde gegen massive Widerstände aus den Energiekonzernen und gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP in diesem Hause ausgestellt.

Das EEG hat trotz massiver Anfeindungen ein grünes **Wirtschaftswunder** entfacht, welches weder Wirtschaftsanalysten und Energiekonzerne noch Union oder Liberale je für möglich gehalten hatten. 30 000 Jobs gab es 1998 in dieser Branche; bis heute ist ihre Zahl auf 300 000 gestiegen. Keine andere Wirtschaftsbranche hat eine solche Erfolgsgeschichte in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D) Unser Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2010 auf 12,5 Prozent verdoppeln zu wollen, wurde damals auch von Ihnen als völlig unrealistisch abgetan. Ende 2009 wurden aber schon über 16 Prozent erreicht. Damit, Herr Röttgen, ist klar der Beweis erbracht: Erneuerbare Energien können viel schneller wachsen, als von Ihnen selbst und von der Allgemeinheit angenommen wird.

Für **Klimaschutz** und **Energiesicherheit** bringen die erneuerbaren Energien ebenfalls die entscheidende Lösung: Mit über 50 Millionen Tonnen jährlicher CO₂-Einsparung hat das EEG wie keine andere politische Maßnahme den Klimaschutz befördert. Die Vermeidung von Kosten in Höhe von über 5 Milliarden Euro – Herr Fuchs, hören Sie sich das genau an – für den Zukauf von fossilen und atomaren Brennstoffen überwiegt bei weitem die Mehrkosten der erneuerbaren Energien, die den Stromkunden mit weniger als 5 Prozent der Strompreise belasten. Wo ist da das ökonomische Problem?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerade die Fotovoltaik zeigt doch die Effektivität des Gesetzes auf: Von 14 Megawatt im Jahre 1999 stieg die neu installierte Leistung auf 3 000 Megawatt im letzten Jahr, und das bei halbierten Kosten. Welche andere Industriegeschichte dieser Art können Sie vorzeigen?

Aber das EEG ist auch eine **internationale Erfolgsgeschichte**. Etwa 50 Länder haben ähnliche Gesetze verabschiedet. Fast alle europäischen Länder gehören dazu; Indien, Südafrika, Brasilien, mit Ontario die stärkste kanadische Wirtschaftsregion und auch Vermont in den

Hans-Josef Fell

- (A) USA haben ein EEG eingeführt. Sie alle haben die Chancen erkannt, die das EEG für Klimaschutz, für wirtschaftliche und technologische Entwicklung, für die Sicherung der Energieversorgung, für lokalen Umweltschutz, für Beschäftigung und für Armutsbekämpfung bietet.

Erfreulich ist, dass nach dieser internationalen Erfolgsgeschichte dann endlich auch Union und FDP nicht mehr an den grandiosen Erfolgen und Chancen des EEG vorbeikommen. Neun Jahre nach dessen Verabschiedung hat die FDP endlich die Kurve zur Unterstützung geschafft, die Union immerhin drei Jahre früher.

Herr Umweltminister Röttgen – er ist leider nicht da –, die erneuerbaren Energien und das EEG in den Mittelpunkt der Agenda zu rücken, wie Sie dies tun, ist völlig richtig und okay. Aber vor zehn Jahren haben Sie persönlich im Bundestag das EEG abgelehnt. Von Weitblick zeugt das nicht; Ihr damaliges Abstimmungsverhalten ist eher eine grandiose Fehleinschätzung, und dieser unterliegen Sie heute weiterhin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch immer haben Sie nicht verstanden, wie schnell erneuerbare Energien wachsen können. Sie sind mit Ihrer Fraktion, wie Herr Fuchs gerade aufgezeigt hat, Lichtjahre von der Weitsicht der damaligen Koalition entfernt.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Aber bezahlbar müssen sie sein!)

- (B) Ich komme zur Bezahlbarkeit.

Sie kritisieren Millionengewinne der Solarbranche. Das ist für Sie die Begründung, die Erfolgsgeschichte der deutschen Solarbranche jetzt zu beenden. Aber Milliarden Gewinne der Atom- und Kohlekonzerne interessieren Sie nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der Bund der Energieverbraucher hat gerade aufgezeigt, dass die großen Stromkonzerne in den letzten drei Jahren durch unentwegte **Strompreiserhöhungen** jährlich 6 Milliarden Euro Zusatzgewinne gescheffelt haben. Das ist wesentlich mehr als die Umlage auf den Strompreis durch den Einsatz erneuerbarer Energien. Aber Sie von Union und FDP kümmern sich nicht um diese Milliarden Gewinne der Konzerne,

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Stimmt doch nicht!)

die mit Atommüll und Klimazerstörung die Gesellschaft in immer größere Probleme stürzen, und regen sich nur über Millionengewinne von Solarunternehmen auf.

Es wäre an der Zeit, dass Sie endlich eine Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2030 in den Mittelpunkt Ihrer Politik stellen.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Warum nicht 120 Prozent?)

Diese Denkweise und dieses Vorgehen entsprechen der damaligen mutigen Aktion der rot-grünen Bundestagsabgeordneten in diesem Parlament. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Kauch von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Kauch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eine gute Viertelstunde Debatte zu diesem Thema hinter uns, und ich habe gedacht, ich bin im falschen Film; denn wir führen hier die Debatten der 90er-Jahre.

(Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Ihr Koalitionspartner!)

Die deutsche Bevölkerung will aber keine historische Betrachtung, sondern sie will eindeutig die Frage geklärt wissen, wie es mit den erneuerbaren Energien weitergeht. Darüber will ich reden. Die Frage ist nicht, ob wir erneuerbare Energien fördern, sondern sie lautet, wie wir sie fördern. Darüber müssen wir diskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie mal mit Ihrem Koalitionspartner Fuchs darüber! – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie machen sie kaputt!)

Ich möchte auf das verweisen, was diese Koalition im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Wir haben vereinbart, dass wir den Weg in das regenerative Zeitalter beschreiben wollen. Wir haben vereinbart, dass die fossilen Energien Schritt für Schritt durch alternative Energien ersetzt werden sollen, bis wir irgendwann tatsächlich zu einer vollständig CO₂-neutralen Energieversorgung kommen. Das ist die Leitlinie unserer Politik. In diesem Sinne haben wir vereinbart – das ist wichtig für die künftige Energieversorgung, für das Energiekonzept –, den **Ein-speisevorrang erneuerbarer Energien** unbegrenzt und ungedeckt fortzuführen. Deshalb entbehrt das Gezetere über die Politik dieser Koalition, beispielsweise darüber, dass Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängert und Kohlekraftwerke nicht verboten, sondern in einem intelligenten Energiemix gehalten werden, jeder Grundlage. (D)

(Beifall bei der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie die Laufzeiten verlängern, gibt es kein Volumen für Erneuerbare! Es ist eine Bremse, wenn Sie die Laufzeiten verlängern!)

Wenn die erneuerbaren Energien den vollständigen Ein-speisevorrang haben, dann können die anderen Energien das Netz nicht verstopfen. Wenn die erneuerbaren Energien in das Netz hineindrängen, dann werden die ande-

Michael Kauch

- (A) ren Stück für Stück hinausgedrängt. Das ist auch für die Energieversorger klar. Daran werden wir auch dann nicht rütteln, wenn aus wirtschaftlichen Gründen möglicherweise einmal ein Kohlekraftwerk abgeschaltet werden muss, weil die Erneuerbaren in das Netz hineinkommen. Das ist die klare Leitlinie unserer Politik.

Wir glauben, dass es wichtig ist, das Vertrauen in das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu stärken. Deshalb haben wir als erste Maßnahme im Umweltbereich des **Wachstumsbeschleunigungsgesetzes** die rückwirkenden Eingriffe, die die alte Regierung unter Minister Gabriel bei den Biogasanlagen vorgenommen hat, zurückgenommen. Denn das war nicht nur eine Maßnahme für die entsprechenden Anlagen. Vielmehr hat Ihre Politik die rückwirkenden Eingriffe dazu geführt, dass die erneuerbaren Energien schlechtere Finanzierungsbedingungen hatten, weil die Banken nicht mehr geglaubt haben, dass das EEG Vertrauensschutz gewährt. Die FDP und diese Koalition werden dafür sorgen, dass Vertrauensschutz im EEG Vorrang vor allen weiteren Überlegungen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir gespannt!)

Zudem haben wir bei der Reform der Solarförderung sichergestellt, dass nicht rückwirkend in Investitionen eingegriffen wird. Deshalb haben wir in der Koalition Übergangsbestimmungen vereinbart. Diese Verlässlichkeit war unser Kernanliegen in der weiteren Beratung.

- (B) Wir als FDP und als Koalition sagen aber auch: Es kann nicht sein, dass wir mit dem EEG Traumrenditen für Anleger garantieren.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Traumrenditen haben denn die Energiekonzerne?)

Deshalb ist es richtig, Frau Höhn, dass wir, wenn die Preise für Solaranlagen fallen, die Rendite an die **Verbraucherinnen und Verbraucher** weitergeben. Denn die Stromkunden – das sind auch die Familien mit vielen Kindern – zahlen die Renditen für die Anleger. Deshalb ist es richtig, dass die Solarförderung zurückgeführt wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir glauben, dass dieser Schritt die Solarförderung langfristig gesellschaftlich akzeptabel hält und deshalb ein Beitrag dazu ist, dass die Fotovoltaik in Deutschland langfristig noch größere Chancen hat als heute. Deshalb haben wir vereinbart, den Ausbaukorridor zu erweitern, und wir werden beispielsweise auch den Eigenverbrauch von dezentral verbrauchtem Strom durch Solaranlagen besser fördern als bisher.

Insofern sage ich Ihnen ganz klar: Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten. Wir wollen Überförderungen zurückführen. Aber wir wollen auch die Solarbranche und die anderen erneuerbaren Energien in Deutschland dynamisch ausbauen. Das ist die Leitli-

- nie dieser Reform, und es wird die Leitlinie der Reform sein, die wir mit einer großen Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2012 weiterverfolgen werden. (C)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Wir werden das EEG an manchen Stellen ökologischer machen.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn es gibt auch in der Subventionierung der erneuerbaren Energien **ökologische Fehlsteuerungen**. Beispielsweise macht es keinen Sinn, wenn wir die Nutzung nachwachsender Rohstoffe bei der Biomasseverstromung besser stellen als die Nutzung von Abfällen. Wir wollen, dass vorrangig Abfälle und erst dann nachwachsende Rohstoffe genutzt werden; denn diese brauchen wir auch für andere Verwendungen als für die Verstromung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Koalition hat darüber hinaus auch klargemacht: Wenn wir Blockheizkraftwerke beispielsweise mit Palmöl betreiben, wie es viele Stadtwerke tun, dann wollen wir, dass dieses Palmöl nachhaltig angebaut worden ist. Deshalb werden wir die Zertifizierungen des Anbaus dieser Biomasse stärker und klarer reglementieren, damit für unseren Ökostrom nicht die Regenwälder abgeholzt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (D) Meine Damen und Herren, wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Wir wollen damit die Förderung erneuerbarer Energien im Inland voranbringen, aber wir werden auch über die Grenze hinausschauen. Denn Solarstrom beispielsweise kann nicht nur durch Fotovoltaik auf deutschen Dächern produziert werden, sondern auch auf dem Weg, dass wir in Kooperation beispielsweise mit den nordafrikanischen Staaten große solarthermische Kraftwerke bauen. Diese Kraftwerke werden notwendig sein, um Solarkraft in großen Mengen in unseren Energiemix einzubringen.

Wir als FDP wollen das voranbringen. Ich freue mich, dass wir in der Koalition genau diesen Weg gehen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Dr. Hermann Scheer das Wort.

Dr. Hermann Scheer (SPD):

Herr Kollege Kauch, Sie haben eben wieder den Begriff „**Subventionierung**“ benutzt. Ich muss nicht von Ihnen erwarten, dass Sie alles sofort verstehen, was ich gesagt habe. Aber wie kommen Sie eigentlich dazu, diesen Begriff permanent in diesem Zusammenhang zu ver-

Dr. Hermann Scheer

- (A) wenden, und das auch noch im Namen der Verbraucher? Wenn die Verbraucher – also alle Bürger; es gibt keinen Unterschied zwischen Bürgern und Verbrauchern – etwas subventionieren, dann ist es die herkömmliche Energieversorgung, die ihre tatsächlichen Umwelt- bzw. Sozialschäden nicht bezahlen muss. Das muss dann die Gesellschaft auf ihre Schultern nehmen. Das ist Subventionierung, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon Subventionen abschaffen wollen und Sie das Thema so oft in den Mund nehmen, dann müssen wir doch erwarten, dass Sie es jetzt auch angehen, die immer noch laufende Subventionierung der Atomenergie in Form der Steuerbefreiung und steuerfreien Rückstellungen, die über 30 Milliarden Euro ausmachen, zu beenden.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Die sind nicht steuerbefreit! Das ist doch Unsinn! – Gegenruf des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich werden die subventioniert!)

Die werden dort angesammelt; damit wird systematisch monopolisiert. Damit werden andere Unternehmen aufgekauft, und dann soll die öffentliche Hand 4 Milliarden Euro zahlen, um den ganzen Atomdreck wieder aus Asse herauszuholen. Das ist Subventionierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir müssen in dieser Debatte einmal die Stühle zurecht-rücken, damit wir endlich klar durch den Nebel sehen, worauf es wirklich ankommt und wer hier zulasten der Gesellschaft welche Energieform betreibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Wo gibt es da denn eine Steuerbefreiung? Das ist doch Unsinn!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Zur Erwidern Kollege Kauch.

Michael Kauch (FDP):

Lieber Kollege Scheer, Sie sind oft im Ausland unterwegs und haben deshalb vielleicht nicht so ganz mitbekommen, was diese Koalition in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition hat nämlich beispielsweise beschlossen, die Energieversorger an den Kosten im Zusammenhang mit der Asse zu beteiligen. Das ist im Koalitionsvertrag längst festgehalten; dafür brauchen wir überhaupt nicht Ihren Antrieb.

Ansonsten habe ich den Eindruck – das muss ich deutlich sagen –, dass Sie penetrant versuchen, die Debatten von vor zehn Jahren zu wiederholen.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie uns das aufzwingen!) (C)

Dieses Haus ist geschlossen für das EEG; das ist klar. Diese Koalition hat sich im Koalitionsvertrag dazu bekannt. Sie müssen nicht ständig erklären, warum das so wichtig ist. Wir müssen vielmehr Folgendes tun:

Erstens. Wir wollen die erneuerbaren Energien zur Regelversorgung in diesem Land machen. Die erneuerbaren Energien sollen unsere Energieversorgung dauerhaft absichern.

Zweitens. Wir brauchen Übergangsszenarien, die dazu beitragen, dass wir unsere Klimaschutzziele – Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent – erreichen.

Drittens. Es kann uns nicht egal sein, was die Bürgerinnen und Bürger dafür bezahlen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir stehen dafür ein, dass sie nur so viel bezahlen, wie es notwendig ist, um diese Ziele zu erreichen. Wenn Ihnen das Geld der Bürgerinnen und Bürger egal ist,

(Widerspruch bei der SPD)

dann ist das nicht unsere Politik.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beziehen Sie das mal auf den Atomstrom!)

Es kommt für die Leute nicht darauf an, ob das Geld über den Bundeshaushalt oder über die Stromrechnung hereinkommt; denn am Schluss müssen sie – das sind die Verbraucherinnen und Verbraucher – es aus ihrer Tasche bezahlen. Ob Sie das nun „Subvention“ nennen oder nicht: Wir stehen zu dieser Subvention; wir stehen dazu, dass diese Energien gefördert werden. Das kann aber nicht um jeden Preis geschehen. Auch hier müssen Maß und Effizienz die Regel für die weitere Förderung sein. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann fangen Sie doch mal mit der Kohlesubvention an!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Maria Flachsbarth von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen eine hochemotionale Debatte zu einer Thematik, bei der in diesem Haus eigentlich große Einigkeit besteht.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gesehen, was das für eine Einigkeit ist!)

Dr. Maria Flachsbarth

- (A) – Lieber Kollege Fell, jedenfalls habe ich unsere Debatten über das EEG in der letzten Legislaturperiode so in Erinnerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man schaut, was eigentlich im **Koalitionsvertrag** festgeschrieben ist, dann erkennt man, dass man dies als gemeinsame Grundlage für unsere weiteren Diskussionen in diesem Haus nutzen kann: 2-Grad-Ziel, Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz, Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent, Weg in das regenerative Zeitalter, was bedeutet, dass Deutschland seinen Wohlstand weiter in diesem Zukunftsfeld erarbeiten will, der dann hier, insbesondere im Bereich der Sozialsysteme, zu verteilen ist. Im Koalitionsvertrag führen wir weiter aus:

Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energien ersetzt.

Auch das ist Konsens.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

All das muss unter Beachtung des **Zieldreiecks** aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit verfolgt werden.

- (B) Wenn man die Versorgungssicherheit betrachtet, kann man die Augen nicht davor verschließen, dass wir in hohem Maße importabhängig sind.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sonne, Wasser und Wind muss man nicht importieren!)

Man kann die Augen nicht davor verschließen, dass viele unserer energetischen Ressourcen aus Ländern kommen, in denen keine politische Sicherheit besteht, und dass natürliche Ressourcen endlich sind.

Man muss einfach sehen, dass die Frage der Wirtschaftlichkeit mit Standortfaktoren für die Industrie zu tun hat, sich aber auch mehr und mehr zu einer sozialen Frage für die Verbraucher entwickelt. Wir werden das erleben, wenn wir die Wärmekostenabrechnung für diesen Winter erhalten. Wenn die Preise heute auf dem Niveau von 2008 wären, dann wäre das ein großes Problem. Wir müssen deshalb erkennen, dass eine Fortschreibung des Status quo unseres Energiemixes mitnichten die Probleme lösen kann, die wir angehen müssen, und zwar mit aller Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: CDU-interne Debatten sind spannend!)

Bezüglich des Klimaschutzes und bezüglich der Umweltverträglichkeit hat die Vorgängerregierung mit den Meseberger Beschlüssen und dem IKEP-Programm wichtige Schritte in die richtige Richtung getan. Dieses Programm werden wir in dieser Legislatur überprüfen,

und wir werden es an der einen oder anderen Stelle nachjustieren. (C)

Wenn wir auf das wichtigste Instrument im Bereich der Meseberger Beschlüsse, des IKEP, schauen, nämlich auf das **Erneuerbare-Energien-Gesetz**, dessen Geburtstag wir heute feiern, dann sehen wir, dass auch dieses Gesetz nicht vom Himmel gefallen ist, sondern dass es eine Vorgängerregelung gab, nämlich das Stromeinspeisungsgesetz.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie es denn abgelehnt?)

– Das Stromeinspeisungsgesetz haben wir nie abgelehnt. Das ist auf unserem Mist gewachsen, lieber Herr Fell.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Hinsken [CDU/CSU], an Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Da waren Sie noch gar nicht dabei! Das haben wir beschlossen! – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das EEG haben Sie abgelehnt!)

Dieses hat zum ersten Mal die Abnahme- und Vergütungspflicht von Strom aus erneuerbaren Energien vorgesehen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie es damals abgelehnt?)

– Ich will Sie doch gerade loben. Nun hören Sie doch zu!

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2000 hat dann feste Vergütungssätze, einen Mindestvergütungszeitraum von 20 Jahren und den Einspeisungsvorrang vorgesehen. An dem Einspeisungsvorrang haben alle Nachfolgerregierungen festgehalten. Daher stimmt das, was Herr Kauch eben zu den Verstopfungsproblemen, die es allgemein geben soll, gesagt hat. Solange wir den Einspeisungsvorrang für erneuerbare Energien haben, ist das Problem nicht, ob Strom aus Kohle, Kernenergie oder anderen Ressourcen gewonnen wird, sondern ob wir es schaffen, die Netze quantitativ und qualitativ auszubauen. (D)

(Beifall des Abg. Michael Kauch [FDP])

Diesen Netzausbau werden wir nur mit dem Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger vor Ort erreichen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lassen Sie Erdkabel zu!)

Ich bitte zur Lösung dieses Problems um die Unterstützung der Opposition.

Die Novelle von 2004 hat das EEG weiterentwickelt. Es hat als wichtiges Element der Innovation die Degression für die Vergütungssätze eingeführt, sodass Jahr für Jahr immer etwas weniger für erneuerbare Energien gezahlt wird, die auf der gleichen Technologie beruhen. Das hat einen unglaublichen Innovationsdruck ausgelöst, was ausgesprochen gut war. Darüber hinaus haben wir eine Härtefallregelung für die energieintensive Industrie eingeführt, was ganz wichtig ist, um den Indus-

Dr. Maria Flachsbarth

- (A) triestandort Deutschland weiter wettbewerbsfähig zu erhalten.

Mit der Novelle von 2009 haben wir Wert auf das Re-powering, auf die Offshore-Windkraft und die Verbesserung der Netzintegration gelegt. Wir haben also den Gedanken der Nutzung erneuerbarer Energien kontinuierlich weiterentwickelt, was durch eine breite Mehrheit des ganzen Hauses mitgetragen wurde. Dieser Hinweis hilft vielleicht, die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Inzwischen beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch 10 Prozent. Davon sind – es ist wichtig, auch das einmal festzustellen – 70 Prozent Bioenergie, also nachwachsende Rohstoffe. Die nachwachsenden Rohstoffe sind, um es so auszudrücken, von den unendlichen Energieträgern die endlichsten. Deshalb müssen wir uns auch auf andere Ressourcen konzentrieren. Das ist ein Grund dafür, warum wir bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2009 den Wind, Re-powering und Offshore-Windkraft, so sehr in den Vordergrund gestellt haben. Der Anteil am Stromverbrauch – Kollege Fuchs hat es eben gesagt – beträgt 16 Prozent, davon beträgt der Strom aus Windkraft ungefähr 44 Prozent, jeweils ein Viertel kommt aus Wasser und Biomasse.

In diesem Zusammenhang ist es nicht unwichtig, die Branchen zu nennen. Ich darf darauf hinweisen, dass inzwischen 280 000 Arbeitsplätze an den erneuerbaren

- (B) Energien hängen, insbesondere in strukturschwachen Regionen Norddeutschlands; ich darf das als Niedersächsin sagen. Das ist sicherlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Man muss sich natürlich ansehen, was das alles kostet. Es kostet den **Privatverbraucher** im laufenden Jahr circa 2 Cent pro Kilowattstunde und damit 0,9 Cent mehr als im Jahr 2009. Das sind ungefähr 6 Prozent der Kosten für eine Kilowattstunde. Für einen Musterhaushalt, der 3 500 Kilowattstunden pro Jahr verbraucht, sind das circa 3,25 Euro pro Monat. Wenn man das zusammenrechnet, dann kommt man auf mehrere Milliarden Euro in einem bestimmten Zeitraum, aber letztendlich wird der Verbraucher mit dieser Summe belastet.

Auf internationaler Ebene ist das EEG ein Erfolgsprojekt. In fast über 50 Staaten wird es kopiert.

Wir haben gerade im Ausschuss über die **IRENA** diskutiert, eine internationale Organisation, die auf Initiative Deutschlands gegründet wurde und die helfen soll, die Idee der erneuerbaren Energien weltweit durchzusetzen. Das IRENA-Sekretariat wird in Abu Dhabi eingerichtet, das Innovationszentrum in Bonn. Die EU wird jetzt als weiterer wichtiger Partner beitreten. Das Ganze wird zur Stärkung der Idee der Erneuerbaren auch international beitragen.

Das **Umfeld des EEG** ist zu betrachten. Herr Kauch hat die Nachhaltigkeitsverordnung genannt, die natürlich sehr notwendig ist, damit wir nicht unter dem Mäntel-

- chen des Klimaschutzes unverträgliche Maßnahmen etablieren. (C)

Der Ausgleichsmechanismus ist wichtig. Dies haben wir gemeinsam in der letzten Legislatur geregelt, indem wir gesagt haben: Es darf keine physische Wälzung, sondern nur noch eine finanzielle Wälzung geben. Dies führt jetzt aber dazu, dass nur die großen Energieversorger Grünen Strom an den Börsen vertreiben dürfen und wir dadurch nur Grauen Strom im Angebot haben.

Ich möchte gemeinsam mit meiner Fraktion – das steht nicht im Koalitionsvertrag – eine Initiative zum Beispiel für die Einführung einer Marktprämie ergreifen, die optional sein soll. Anlagenbetreiber sollen sich im Rahmen von mittelständischen Strukturen zusammenschließen dürfen und Hilfen bekommen, damit es wirtschaftlich sein wird, zum Beispiel an der Börse in Leipzig Grünen Strom direkt zu vermarkten. Diese Idee soll dazu führen, dass die Betreiber der Erneuerbaren stärker an den Markt herangeführt und mehr und mehr von der Förderung entwöhnt werden, die sie im Rahmen des EEG noch benötigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Kollege Kauch bereits hingewiesen.

Wichtig ist es, Sicherheit für private Investitionen zu gewährleisten; denn die privaten Investoren sind es, die den Ausbau der Erneuerbaren maßgeblich vorantreiben. Von daher brauchen wir ganz besonders in diesem Bereich Investitionssicherheit.

Die Weiterentwicklung des EEG im Bereich der Fotovoltaik haben wir jetzt in Angriff genommen. Ich finde, der Vorschlag, den das Bundeskabinett wohl in der nächsten Woche verabschiedet wird, ist sehr ausgewogen. Wir haben einen Zielkorridor festgelegt, der verdoppelt wurde. Ein Zubau von 3 Gigawatt pro Jahr ist vorgesehen. Wir wollen besonders den Eigenverbrauch fördern. Planungssicherheit ist durch entsprechende Übergangsfristen gewährleistet. (D)

Insgesamt müssen wir die Akzeptanz für die Erneuerbaren erhalten. Wir können auf Dauer nicht erklären, warum für 5 Prozent des durch Erneuerbare im Bereich Fotovoltaik erzeugten Stroms 50 Prozent der Umlage bezahlt werden. Deshalb müssen wir im Rahmen der Förderbedingungen vernünftige Maßnahmen ergreifen. Wir können auch nicht erklären, warum auf besten Ackerbauböden riesige Freiflächen-Solaranlagen entstehen sollen. Dafür gibt es andere Standorte. Konversionsflächen und Brachflächen sollten wir dazu nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Weg in das **regenerative Zeitalter** wird nur gelingen, wenn wir uns gemeinsam den qualitativen und quantitativen Ausbau der Netze auf die Fahnen schreiben und die Weiterentwicklung der Speichertechnologien ganz oben auf unserer Agenda steht. Das heißt, wir brauchen Innovationen im Bereich der E-Mobilität. Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Batterietechnologie, aber auch eine Weiterentwicklung der Speicherkraftwerke.

Dr. Maria Flachsbarth

- (A) Herr Kollege Fell, Sie haben eben gesagt: Wir können die Erneuerbaren verstetigen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist schon realisiert!)

Jawohl, das können wir machen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass zum Beispiel ein Pumpspeicherkraftwerk wie das in Goldisthal nach heutigen Maßgaben und nach im Bereich des Naturschutzes geltenden Gesetzen sehr schwierig – um nicht zu sagen: fast überhaupt nicht – zu realisieren ist.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt genug andere Lösungen!)

Es gibt genauso wie beim Ausbau der Netze immer wieder Widerstände in der Bevölkerung vor Ort. Wenn wir den Weg in das regenerative Zeitalter gehen wollen, dann muss es unser gemeinsames Anliegen sein, vor Ort für unser Ziel zu werben und die technologischen Voraussetzungen für dieses gemeinsame Ziel zu schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir Erdkabel! Dann kriegen wir es hin!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Rolf Hempelmann von der SPD-Fraktion.

- (B) **Rolf Hempelmann (SPD):** (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Übrigens, ich heiße nicht Wolf Hempelmann – so hab ich Sie verstanden, Herr Präsident –, sondern Rolf Hempelmann. Aber als Wolf macht es mir besonderen Spaß, auf den Fuchs loszugehen. – Ich sehe, der Kollege Fuchs hat es gemerkt.

Herr Fuchs, wir haben von Ihnen in der Tat – Sie haben es gesagt – eine Menge gelernt, insbesondere, dass der Wind nicht immer bläst. Ich möchte darauf aufmerksam machen – man stellt das fest, wenn man genauer hinschaut, etwa in Richtung Frankreich –, dass auch dort die Kernkraftwerke nicht immer laufen, vor allen Dingen nicht immer auf Vollast. Im Sommer wurde ihre Leistung einmal bis auf 20 Prozent heruntergefahren. Auch im Winter musste sie deutlich gedrosselt werden. Strom wurde importiert, insbesondere aus Deutschland. Durch Windenergie erzeugter Strom hatte daran einen großen Anteil.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sollte man hier tatsächlich etwas differenzierter vortragen. Mein Dank gilt ausdrücklich Maria Flachsbarth, auch wenn ich ihr nicht in jedem Punkt zustimme. Sie hat hier eine sehr differenzierte Darstellung des Sachverhalts gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zehn Jahre EEG. Warum war das EEG so erfolgreich? Es war deswegen erfolgreich, weil wir drei Dinge gemacht haben: Erstens. Wir haben für den Einspeisevorrang gesorgt. Offenbar sind sich heute alle einig, dass das notwendig war. Damals war das sehr umstritten. Zweitens. Wir haben für feste Vergütungssätze gesorgt, was eine entsprechende Planbarkeit für die Akteure brachte und den Boom letztlich auch ausgelöst hat. Drittens. Wir haben von Anfang an für klar definierte Degressionssätze, also für Minderungen der Vergütungen, gesorgt, sodass ein Anreiz für Effizienzsteigerung und für Innovation gesetzt war.

Das Ganze ging einher mit angekündigten Überprüfungen. Nach entsprechenden Abständen gab es da, wo es möglich war, weitere Absenkungen von Vergütungen.

Was jetzt passiert, ist, jedenfalls nach unserem Eindruck, eher das Verlassen dieses verlässlichen Pfades. Was im Zusammenhang mit der Fotovoltaik angekündigt worden ist – von vornherein werden Größenordnungen für Absenkungen genannt –, ist äußerst problematisch. Wir versperren uns nicht der Diskussion. Wir versperren uns nicht möglichen Absenkungen – wir haben das auch deutlich gesagt –, aber wir wollen, dass das auf der Basis einer klaren Analyse und sehr verantwortlich passiert. Wir wollen nämlich, dass der Prozess der Effizienzsteigerung weitergeht, und wir wollen keinen Bruch, der nach unserer Einschätzung jetzt drohen könnte und den es zu vermeiden gilt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Es gibt einen weiteren Punkt, der in etwa zeitgleich mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz entschieden wurde und der ebenfalls erheblichen Einfluss hatte auf den Erfolg der erneuerbaren Energien: den Kernenergieausstieg. Der Ausstieg aus der Kernenergie und damit die klare Perspektive, dass bestimmte Strommengen aus dem Markt und auch aus den Netzen verschwinden, hat den Erneuerbaren eine Perspektive gegeben, die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit überhaupt erst denkbar gemacht hat. Dass jetzt über den Ausstieg aus dem Ausstieg geredet wird, hat nicht nur die Vertreter der erneuerbaren Energien auf den Plan gebracht, sondern auch viele andere, insbesondere neue, kleinere oder mittelgroße Akteure, die sagen: Das hat erhebliche Konsequenzen, insbesondere für den Wettbewerb.

Warum ist das wichtig? Wenn es Konsequenzen für den Wettbewerb gibt, wenn erneuerbare Energien gegen abgeschriebene Kernkraftwerke also kaum ankommen können, dann ist der Weg, von dem Maria Flachsbarth zu Recht gesagt hat, dass wir ihn in Zukunft gehen müssen – ein Stück Loslösung vom EEG, ein Stück hin zur Direktvermarktung –, natürlich erheblich erschwert. Wir bitten Sie, darüber noch einmal nachzudenken. Das sind keine Einwände, die ausschließlich von den Vertretern der Erneuerbaren, also rein interessegeleitet, gemacht werden; vielmehr werden sie sehr viel breiter vorgetragen. Sie sollten das ernst nehmen.

Es gab einen weiteren Punkt, der für den Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bzw. der erneuerbaren

Rolf Hempelmann

- (A) Energien sehr wichtig war: die sogenannte Exportinitiative Erneuerbare Energien. Wir haben damals gesagt: Wir wollen die Unternehmen frühzeitig ins Leben setzen und motivieren, ihre Erfolgchancen nicht nur auf dem deutschen Markt, sondern auch außerhalb zu suchen. Mittlerweile ist es so, dass ein großer Anteil der Erneuerbaren, die in diesem Lande produziert werden, in den Export gehen. Das bindet hier Wertschöpfung und Arbeitsplätze und tut damit dem Standort Deutschland insgesamt sehr gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Exporterfolgsgeschichte hatte auch etwas damit zu tun, dass wir nicht nur Technologie exportiert haben, sondern auch – das ist ja heute hier schon angeklungen – das Gesetz selbst. Über 40 Länder haben es in mehr oder weniger identischer Form übernommen. Erst das hat dazu geführt, dass die entsprechenden Märkte entstanden und der Technologieexport möglich wurde.

Wenn wir jetzt hier in Deutschland den Pfad der Verlässlichkeit bei der Organisation eines Effizienzprozesses verlassen, wenn wir jetzt Brüche riskieren, dann führt das natürlich auch dazu, dass wir die Exportchancen für erneuerbare Energien gefährden; denn wir können nicht ausschließen, dass das auch Einfluss auf die Gesetzgebung in anderen Märkten hat. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken. Ich jedenfalls bin der festen Überzeugung, dass diese Zusammenhänge auch Ihnen einleuchten müssten.

- (B) Ein letzter Punkt: Sie stellen sich auch heute wieder ein wenig als Robin Hood dar, als Rächer der Enterbten, also der Verbraucher und der Mieter, die insbesondere die erneuerbaren Energien über höhere, im Strompreis versteckte Vergütungssätze bezahlen müssen. Die Bundesagentur hat Ihnen eigentlich den richtigen Pfad gewiesen. Sie hat vor wenigen Tagen deutlich gemacht, dass die Preissteigerungen, etwa die Anfang dieses Jahres um durchschnittlich 6,2 Prozent – das entspricht einer Größenordnung von 1,2 bis 1,3 Cent pro Kilowattstunde –, mitnichten mit dem Aufwuchs bei den erneuerbaren Energien zu begründen sind, wie es die Konzerne gemacht haben.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Durch den Aufwuchs ließe sich nur etwa eine Erhöhung um 0,2 Cent rechtfertigen. Deswegen sind das Argument, für mehr Wettbewerb zu sorgen, und das Argument, Vorsicht bei der Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke walten zu lassen, so wichtig. Sie können sehr viel mehr für die Verbraucher tun, wenn Sie für mehr Wettbewerb sorgen, wenn Sie nicht, wie Sie es derzeit vorhaben, die bisherigen Strukturen durch eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zementieren.

Wenn Sie also Ihren Ankündigungen gerecht werden wollen, dann überlegen Sie sich, was Sie bei der Fotovoltaik und bei der Kernenergie tun wollen. Im Augenblick sind Sie bei beiden Themen auf dem falschen Pfad.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Klaus Breil von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Klaus Breil (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zehn Jahre EEG – wir erinnern uns aber heute auch an das Stromeinspeisungsgesetz, das unser liberaler Bundeswirtschaftsminister Dr. Helmut Haussmann schon zehn Jahre zuvor unterschrieben hatte und das zuerst die Abnahme und die Vergütung von erneuerbaren Energien festlegte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: 1990!)

Allerdings rechneten wir 1990 mit Mehrkosten von rund 50 Millionen DM pro Jahr, also mit keinem wesentlichen Einfluss auf die Strompreise. Seit Inkrafttreten des EEG sind inzwischen aber Vergütungen in Höhe von insgesamt über 48 Milliarden Euro ausgezahlt worden. Gleichwohl hat sich die FDP auf ihrem Parteitag 2009 in Hannover klar zum EEG bekannt. Und der FDP sind die Weiterentwicklung des Maschinen- und Anlagenbaus im Bereich der erneuerbaren Energien und die Realisierung der sich daraus ergebenden Exportpotenziale sehr wichtig.

(D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In ihrem Antrag fordert die SPD den Zuschnitt des EEG als langfristig angelegtes Instrument der Technologieförderung. Die Grünen wiederum wollen das EEG kosteneffizient gestalten und zugleich Innovationskraft, Investitionssicherheit und Vertrauensschutz erhalten. Genau das sind auch unsere Zielauffassungen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Bestes Beispiel dafür ist die jetzt neu konzipierte Eigenverbrauchsförderung. Damit wird zielgenauer Innovationsdruck aufgebaut, um geeignete Energiespeicher zu entwickeln. So können auch die Netze entlastet werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schon in diesem Jahr werden wir für sämtliche erneuerbare Energien Vergütungskosten von insgesamt rund 12,3 Milliarden Euro haben. Für den Verbraucher bedeutet das Kosten in Höhe von über 8,2 Milliarden Euro. Das sind durchschnittlich 100 Euro pro Kopf der Bevölkerung, das entspricht 400 Euro für eine vierköpfige Familie pro Jahr. Im nächsten Jahr dürften die Gesamtkosten auf über 10 Milliarden Euro steigen. Allein für den Solarstrom, der nur etwa 1 Prozent der primären Stromversorgung ausmachen wird, muss der Verbraucher mit etwa 3,4 Milliarden Euro mehr als 40 Prozent der EEG-Gesamtkosten aus eigener Tasche auf den Tisch legen.

Klaus Breil

- (A) Diese von mir aufgeführten Kosten bedeuten allerdings keinesfalls, dass die FDP das EEG infrage stellt. Vielmehr will ich gezielt darauf hinweisen, wie enorm wichtig es ist, die notwendige Förderung für den Verbraucher so kostengünstig wie nur irgend möglich zu gestalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zusammenfassend müssen wir uns über folgende Tatsache im Klaren sein: Das Fördern von erneuerbarer Energie hin zur Marktreife ist – wenn man es richtig dosiert – sinnvoll, ein Durchfüttern durch Überförderung ist es aber nicht.

(Beifall des Abg. Burkhardt Müller-Sönksen [FDP])

Ein Zuviel macht den deutschen Markt träge und verschwendet das Geld der Verbraucher.

Letzten Endes wird sich am Beispiel der EEG-Förderung die Ernsthaftigkeit unserer Zielsetzung messen lassen. Wenn zum Beispiel Windstrom nur noch so viel kostet wie fossiler Strom, dann hat sich die Einspeisevergütung durch das EEG erledigt. Dann braucht man nur noch den Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien im oligopolisierten Markt wettbewerbsfähig zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Bärbel Höhn von Bündnis 90/Die Grünen.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über zehn Jahre EEG. Zu Beginn muss man eines feststellen: Die Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes war eine Sternstunde für den Bundestag und für die Energiepolitik in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Sie war nämlich der Ausgangspunkt für einen unglaublichen Boom. In Deutschland wird mittlerweile dreimal so viel Ökostrom hergestellt wie vor zehn Jahren. Mittlerweile haben wir in diesem Bereich fast 300 000 Arbeitsplätze. Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien liegt inzwischen bei 16 Prozent. Das sind hervorragende Zahlen. An diese gute Entwicklung muss immer wieder erinnert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Erfolgsgeschichte ist von Sozialdemokraten und Grünen auf den Weg gebracht worden. Laut Protokoll gab es damals bei der Abstimmung 217 Neinstimmen: von der CDU, von der CSU und von der FDP. Herr Kauch, ich sage das insbesondere deshalb, weil ich an

die Vergangenheit erinnern möchte; denn wer aus der Vergangenheit nicht lernt, wird in der Zukunft falsche Entscheidungen treffen. Deshalb sage ich: Sie haben damals falsch entschieden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Neinsager standen auf der falschen Seite der Geschichte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun stehen die Neinsager von damals davor, wieder einen historischen Fehler zu machen, wie sie ihn damals mit ihrem Nein begangen haben; denn jetzt stehen sie vor der Entscheidung, wie sie mit der Atomkraft umgehen. Ich sage Ihnen: Die Neinsager von damals setzen heute auf die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Das ist ebenso ein historischer Fehler, wie damals gegen das EEG zu stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Warum? Die Laufzeitenverlängerungen werden den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv behindern. Das, was Sie entscheiden, ist keine Brücke; denn Sie entscheiden sich dafür, eine Mauer aufzurichten, gegen die die erneuerbaren Energien fahren werden. Sie entscheiden sich gegen eine Brücke und für den Stopp des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Im Gegensatz zu Herrn Fuchs hat der Bundesumweltminister das verstanden. Die entscheidende Antwort auf die Ausführungen von Herrn Fuchs ist ein Zitat des Bundesumweltministers, der in der *Frankfurter Rundschau* vom 19. Februar – es ist also noch nicht lange her – gesagt hat: „Viel Atomstrom und viel Ökostrom“ passen „als ökonomische Konzepte nicht zusammen“. Er führt weiter aus:

Windkraft und Solarenergie müssen durch flexible und schnell regelbare ... Kraftwerke ergänzt werden, nicht durch große Kernkraft-Blöcke.

Recht hat der Bundesumweltminister mit dieser Aussage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage mich nur, warum der Bundesumweltminister und die Bundesregierung, wenn sie die Zusammenhänge denn verstanden haben, daraus nicht auch Konsequenzen ziehen. Ich frage mich, warum der Bundesumweltminister trotzdem für Laufzeitverlängerungen von großen, unflexiblen Kraftwerksblöcken ist, nämlich von Atomkraftwerken. Ich sage: Wer zu dieser Erkenntnis gekommen ist, muss auch die Konsequenz daraus ziehen und darf nicht für Laufzeitverlängerungen von großen, unflexiblen und daher nicht mit Ökostrom zusammenpassenden Atomkraftwerken sein.

Bärbel Höhn

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das Kriterium ist Sicherheit!)

Es geht aber auch noch um etwas völlig anderes. Herr Fuchs und Herr Kauch, Sie sagen, dass die Preise für die Verbraucher bezahlbar sein müssen. Ich sage Ihnen: Gerade dadurch, dass wir keinen Wettbewerb auf den Energiemärkten haben, dadurch, dass die vier großen Anbieter quasi ein Monopol haben, werden die Preise nach oben getrieben. Allein dadurch, dass die CO₂-Zertifikate eingepreist wurden, haben die Unternehmen einen zusätzlichen Gewinn von 5 Milliarden Euro pro Jahr machen können. Das ging zulasten der Verbraucher. Wer die Preise für Verbraucher reduzieren will, muss mehr Wettbewerb in den Markt bringen und deshalb für mehr Strom aus erneuerbaren Energien eintreten. Das ist der Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ihre Pläne – mit Atomkraft – bedeuten mehr Atom- müll, mehr Unfallrisiken und mehr Gewinne für die Großunternehmer und sind deshalb schlecht, und zwar auch für die Verbraucher.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Höhn, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauch?

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sicher.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kauch.

Michael Kauch (FDP):

Liebe Frau Höhn, Sie legen Wert darauf, dass wir hier über die historische Wahrheit sprechen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Energiekonzerne Windfall-Profits, also Mitnahmeeffekte durch den Emissionshandel erzielt haben. Stimmen Sie mir zu, dass das Gesetz, auf dem diese Mitnahmeeffekte beruhen, durch Umweltminister Trittin von den Grünen und die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde?

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Die Wahrheit! Historisch gesprochen!)

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kauch, ich habe eben gesagt: Wenn man heute die richtigen Entscheidungen fällen will, muss man sehen, was man in der Vergangenheit falsch gemacht hat.

(Beifall des Abg. Burkhardt Müller-Sönksen [FDP])

Ich fand schon damals, dass man sofort auf Auktionierung hätte setzen können. Das war gesellschaftlich aber

nicht durchsetzbar. Deshalb musste die damalige Bundesregierung so handeln. (C)

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Aha!)

Im Nachhinein sehen Sie, wie falsch das war. Anders als Sie haben wir daraus gelernt und sofort gesagt: Wir wollen die Auktionierung der CO₂-Zertifikate. Anders als Sie haben wir aus der Geschichte gelernt. Sie lernen nicht aus der Geschichte. Sie haben damals gegen das EEG gestimmt und bauen mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke jetzt eine Mauer für die erneuerbaren Energien auf. Das ist der Unterschied, Herr Kauch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]: Die EU hat die Auktionierung gar nicht erlaubt!)

– Ja. Sie wäre trotzdem richtig gewesen. Inhaltlich wäre das richtig gewesen. Das ist gar keine Frage.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja, natürlich! Aber wir durften es nicht! EU-Recht hat es verboten!)

Ich sage noch eines – darüber ist hier bisher nicht diskutiert worden –: Der entscheidende Punkt ist, dass wir damals mit dem Atomkonsens einen schweren Konflikt innerhalb der Gesellschaft endlich beendet haben. Die schwarz-gelbe Koalition reißt diese Gräben wieder auf. Ich sage Ihnen: Sie verunsichern damit auch die Investoren. Eines müssen Sie wissen: Wenn Sie jetzt Laufzeitverlängerungen beschließen und realisieren, dann werden wir das wieder ändern, sobald wir die Möglichkeit dazu haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Das dauert noch!) (D)

Das heißt: Es gibt keinerlei Planungssicherheit für die Investoren. Das müssen Sie wissen.

Das heißt: An dem Punkt Laufzeitverlängerung werden wir Widerstand leisten. Sobald wir können, werden wir das wieder ändern. Der Energiemarkt verträgt keine Unsicherheit. Durch Ihre Entscheidung sorgen Sie aber genau dafür. Deshalb sage ich: Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, sondern Ausbau der erneuerbaren Energien und Ausbau der Energieeffizienz. Das ist der richtige Weg und nicht die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Georg Nüßlein von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Frau Höhn, ich hätte mir gewünscht, dass wir hier gemeinsam über die Frage diskutieren, wie man die erneuerbaren Energien auf ihrem positiven Weg begleiten kann, und weniger eine Art Vaterschaftsprozess in Gang

Dr. Georg Nüßlein

- (A) setzen, bei dem es darum geht, zu entscheiden, wer nun der Vater der Förderung ist.

(Michael Kauch [FDP]: Die Mutter!)

Insofern bin ich der SPD ausgesprochen dankbar dafür, dass sie in ihrem Antrag immerhin ausgeführt hat, dass das Stromeinspeisungsgesetz Basis des EEG war. In dem Zuge muss man deutlich sagen, dass es überhaupt keine Chance gibt, die CDU/CSU mit denjenigen in eine Ecke zu stellen, die das Thema erneuerbare Energien nicht voranbringen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Das können Sie historisch bis zurück in das Jahr 1983 fundieren, als die Regierung Kohl die ersten Versuche zur Nutzung der Windkraft unterstützt hat. Sie können das weiterverfolgen über das Stromeinspeisungsgesetz bis hin zu dem, was wir gemeinsam in der Großen Koalition gemacht haben. Das Marktanzreizprogramm, liebe Kollegin Höhn, ist in der Großen Koalition ganz anders mit Mitteln ausgestattet gewesen als in der Zeit, als die Grünen an der Regierung waren: Im Jahr 2005 waren es rund 130 Millionen Euro, im Jahr 2009 waren es rund 500 Millionen Euro, also fast das Vierfache. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht nur Sie allein Umweltpolitik und die Förderung erneuerbarer Energie können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir können es erfolgreicher!)

- (B) Wir setzen das konsequent fort. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag ganz präzise formuliert, dass wir einen dynamischen Energiemix wollen, bei dem die erneuerbaren Energien gefördert aufwachsen und die konventionellen sukzessive ersetzen. Es geht um die Frage: Was ersetzt wann, wo und zu welchem Zeitpunkt? Ich sage Ihnen ganz offen: Sie argumentieren zu Recht, wenn es um die Bedeutung der erneuerbaren Energien für den Strompreis geht, mit dem Merit-Order-Effekt. Aber wenn man sich dies dann genauer anschaut, dann muss klar sein, dass bei Aufwachsen der erneuerbaren Energien und unter der Voraussetzung einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke natürlich zunächst die Kohle herausfällt. Das ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes wünschenswert; sonst werden wir – das kann ich hier deutlich sagen – unsere Klimaziele nicht erreichen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wollen Sie dann neue Kohlekraftwerke?)

Nun will ich auf die Diskussion, die wir jetzt über die Kernenergie hatten, nicht zu ausführlich eingehen, sondern zunächst einmal möchte ich deutlich sagen, worin wir die Bedeutung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sehen. Wir halten es für ein wichtiges und zentrales Mittelstandsfördergesetz. Denn ohne die Vorschriften im EEG, ohne den Anspruch, einspeisen zu dürfen und eine Vergütung zu bekommen, würden der Mittelstand und auch die kommunalen Energieversorger in dem Oligo-

polmarkt, der zudem noch von natürlichen Monopolen in Form der Netze geprägt ist, keine Chance haben, in den Markt zu kommen. Deshalb werden wir das EEG als Mittelstandsschutzgesetz erhalten und verteidigen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist – auch das ist angesprochen worden – ein zentrales Technologiefördergesetz. Daher – da gebe ich dem Kollegen Scheer ausdrücklich recht – handelt es sich nicht um Subventionen, auch nicht der Definition nach.

(Beifall der Abg. Dirk Becker [SPD] und Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen auch: Wir werden das noch schmerzlich merken. An der Tatsache, dass die Solarbranche in China im klassischen Sinne subventioniert wird, können wir nichts ändern. Wir können mit dem EEG an der Stelle auch nicht gegensteuern. Denn letztendlich ist das etwas, was marktlich gelöst werden muss. Das EEG wird uns nicht davor bewahren, dass uns die asiatische Konkurrenz hier massiv ins Kontor schlagen wird und dass unsere Unternehmen in der Solarbranche mit einer solchen unfair geförderten Konkurrenz zu kämpfen haben werden.

(Zuruf von der SPD: Das ist wohl wahr!)

Dieses Problem werden auch höhere Fördersätze nicht lösen, weil die Renditen dann an anderer Stelle abgeschöpft werden. Auch das muss man in dieser Deutlichkeit sagen.

- (D) Jetzt trage ich Ihnen etwas zum Thema Fotovoltaik vor. Es geht darum:

... die Degression bei der Fotovoltaik so weiter zu entwickeln, dass einerseits Anreize für noch stärkere Kostensenkungen entstehen und andererseits die Wirtschaftlichkeit beim Betrieb von Solaranlagen weiter gewährleistet wird ...

Ein verstärkter Ausbau der PV führe über Skaleneffekte und die Einführung neuer Technologien zu Kostensenkungen, die an den Markt weitergegeben werden können und damit die Kosten je erzeugter Kilowattstunde Solarstrom absenken können. – Das ist nicht von mir, sondern – Kollege Fell wird es wissen – aus Ihrem Antrag. Genau das tun wir. Wir passen die Dinge einer marktlichen Entwicklung an.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie passen nicht an!)

Wir tun das, Kollege Hempelmann, wohlüberlegt und abgewogen.

Ich kann die Branche nur auffordern, das, was wir in diesem Bereich tun, weiterhin positiv zu begleiten, so wie sie es auch am Anfang der Diskussion getan hat, und zu sagen: Jawohl, wir sind auf einem guten Weg, es gibt Kostensenkungspotenziale, und die angekündigte Netzparität, die dazu führen wird, dass der Strom vom Dach einmal genauso viel kostet wie der Strom aus der Steckdose, ist ein erreichbares Etappenziel. – Ich hoffe, dass die Branche diesen Prozess weiterhin positiv begleiten

Dr. Georg Nüßlein

- (A) und sagen wird: Wir wollen etwas tun, damit dieses Thema nicht sozusagen dauerhaft am Tropf hängt. Wir wollen als erstes Etappenziel zumindest dafür sorgen, dass sich der Eigenverbrauch rechnet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Erstens. Wir müssen zusichern, dass wir maximalen Vertrauensschutz gewähren. Wir müssen denjenigen, die im Vertrauen auf das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2009 Geld in die Hand genommen und investiert haben, zusichern, dass sie ihre Arbeit unter den damals geltenden Konditionen beenden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Rot-Grün hat seinerzeit auch das Ackerland in das EEG aufgenommen. Weil Rot-Grün damals vor dem Naturschutz Angst hatte, hat man gesagt: Lasst uns die besten Ackerlandflächen verwenden. So können wir eine Debatte mit dem Naturschutz vermeiden. – Wenn wir diese Entscheidung – auch wohlüberlegt und mit Blick auf die Akzeptanz – heute korrigieren, dann können wir auch geeignete Alternativen präsentieren. Wir meinen, dass man auf sinnvolle Art und Weise Fotovoltaikanlagen bauen kann, die die nötige Akzeptanz finden; auch das halte ich für sehr wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Das Ziel, den Eigenverbrauch auszubauen, ist entscheidend; einen entsprechenden Vorschlag haben wir von der CSU schon im Januar dieses Jahres gemacht. Ich glaube, dass das ein Weg ist, um Verwerfungen in der Branche auszugleichen.

(B)

Ich möchte klarstellen: Die Union ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien kein Hemmnis. Außerdem möchte ich betonen: Die Kernenergie ist es auch nicht. Sie ist es deshalb nicht, weil es einen Einspeisevorrang gibt, an dem wir nicht rütteln werden und der klipp und klar geregelt ist. Die Kernenergie ist kein Hemmnis, weil wir die Kostenersparnis, die die Laufzeitverlängerungen zur Folge haben werden – das ist unstrittig –, verwenden werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien gegenzufinanzieren. Insbesondere ist die Kernenergie auch deshalb kein Hemmnis, weil wir bereit sind, die Zusatzgewinne abzuschöpfen und sie dafür zu verwenden, bei der Entwicklung der erneuerbaren Energien, ganz besonders mit Blick auf die Forschung, einen Schub auszulösen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sägen Sie deswegen die Fotovoltaik ab, ja?)

Ich bitte Sie, noch einmal ernsthaft zu überlegen, ob der Energiemix, den wir vorschlagen, nicht doch sinnvoll ist. Wir haben formuliert: Die Kernenergie ist eine Brücke in einen neuen Energiemix. Ich möchte hinzufügen: eine Brücke in einen Energiemix, den wir heute vermutlich noch gar nicht kennen. Ich bin nach wie vor guter Dinge, dass es zusätzlich zu dem, was wir heute im Energiebereich tun, in Zukunft noch die eine oder andere Erfindung und Entwicklung geben wird, die uns deutlich voranbringen. Nur so können wir das Energieproblem

dieser Republik und darüber hinaus auch das international wachsende Energieproblem lösen. (C)

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dirk Becker von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dirk Becker (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will eines vorschicken: Als die SPD die Überlegung angestellt hat, zum zehnjährigen EEG-Jubiläum eine Veranstaltung durchzuführen, waren wir noch in der Großen Koalition; es gab also einen entsprechenden Vorlauf. Wir hätten damals nicht erahnen können, dass hier und heute über die Verlängerung der Laufzeiten und das Abschmelzen der Vergütungssätze für Fotovoltaik diskutiert wird. Wir sind der festen Überzeugung: Beides – das gilt besonders für die Kombination von beidem – wird dem Ausbau erneuerbarer Energien schaden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass ich diese Feststellung gerade am heutigen Tag treffen muss, ist sehr bedauerlich.

Ich muss sagen: Ich habe in unserer gemeinsamen Regierungszeit, die Herr Nüßlein und Frau Dr. Flachsbarth angesprochen haben, durchaus den Eindruck gehabt, dass die Union die Kurve gekriegt hat. (D)

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Richtig! Haben wir auch!)

Da Sie sich darüber wundern, welche Diskussionen heute aufgegriffen werden, will ich Ihnen sagen, was mich verwundert: Sie können doch nicht einen Jubeltag zum Ausbau der erneuerbaren Energien damit beginnen, indem Sie hier Herrn Fuchs eine derartige Rede halten lassen. Dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass Ihnen der Wind derartig ins Gesicht bläst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Das entscheide ich immer noch selber, was ich hier sage!)

– Das sollen Sie auch. Ich bin Ihnen für Ihre Rede dankbar; denn endlich wird deutlich, wie die Stimmungslage in der Union ist. Es gibt zwar einige Feigenblätter, Herr Nüßlein und Frau Flachsbarth, aber Sie haben gesagt, wohin die Reise im Endeffekt gehen soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere Feststellung. Ich komme zurück zum eigentlichen Ereignis: zehn Jahre EEG. Ich spare mir die ganzen Zahlen. Jeder kann anhand der Zahlen den **Erfolg des EEG** erkennen. Ich möchte vorweg meinen Dank äußern. Wenn man ein Jubiläum von zehn Jahren zu fei-

Dirk Becker

- (A) ern hat, dann kann man auch Danke sagen. Danke zunächst denen, die hier im Parlament dieses Parla-mentsgesetz gemacht haben: Hermann Scheer und Dietmar Schütz aufseiten der SPD, Hans-Josef Fell und die Kollegin Hustedt, die diesem Haus jetzt nicht mehr angehört, aufseiten der Grünen, aber auch durchaus wackere Leute aus den Reihen der CSU, die es schon damals gab, nämlich Josef Göppel, der den Mut hatte, zu sagen: Ja, ich stimme diesem Gesetz zu. Ein Mann mit Weitblick! Ich hoffe, dass er heute nicht wieder genauso in der Minderheit ist wie damals.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Dank gilt aber vor allen Dingen auch den Menschen, die den gesetzlichen Rahmen – mehr konnte der Bundestag nicht setzen – angenommen haben, die investiert und geforscht haben, die als Unternehmer Geld in die Hand genommen und gesagt haben: „Ja, das ist ein Markt der Zukunft“, die Arbeitsplätze geschaffen haben, aber auch denen, die gesagt haben: Ich möchte erneuerbare Energie bei mir zu Hause erzeugen, auf meinem Hof oder wo auch immer. Sie alle haben diese Erfolgsgeschichte mitgeschrieben. Ich möchte natürlich auch denen danken – das muss man auch sagen –, die durch ihre EEG-Umlage über den Strompreis die Finanzierung der Vergütungssätze möglich machen: die Bürgerinnen und Bürger, die Verbraucher.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jens Koeppen [CDU/CSU]: Das Handwerk!)

(B)

– Ich danke natürlich auch dem Handwerk.

(Jens Koeppen [CDU/CSU]: Die haben Sie vergessen!)

– Aber nicht absichtlich, lieber Jens Koeppen.

Es wird immer über den **Strompreis** diskutiert. Forsa hat im Dezember 2009 eine Umfrage gemacht: 95 Prozent der Deutschen unterstützen den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien. Dann kam die spannende Frage: Soll die **Förderung** gekürzt werden oder nicht, ist es uns das wert? Sie werden es nicht glauben: Selbst aufseiten der FDP haben 71 Prozent der Befragten gesagt: Nein, wir sind uns dieser besonderen Verantwortung bewusst. Es ist unsere Auffassung, die Förderung soll nicht gekürzt werden. Bei der Union war die Zustimmung mit 73 Prozent sogar noch etwas höher.

An dieser Stelle sollten Sie ein bisschen stärker auf Ihre Wählerinnen und Wähler hören. Es würde der Branche wirklich helfen. Sie sagen immer – ich wollte gar nicht so viel über Solarenergie sprechen, das werden wir sicherlich in der nächsten oder übernächsten Sitzungswoche ohnehin noch tun –, Sie wollen für den Verbraucher den Strompreis senken. Das BMU hat eine Berechnung vorgelegt, wie sich denn die vorgesehenen Kürzungsschritte auf einen Privathaushalt auswirken. Dabei kommt es im Jahr 2030 – das ist das Langfristszenario, das Sie ansetzen – bei einem durchschnittlichen Haushalt zu einer sensationellen Strompreisreduzierung um 29 Cent im Monat.

Herzlichen Glückwunsch, dass Sie dafür bereit sind, die Existenz einer ganzen Branche aufs Spiel zu setzen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Gegenzug – Rolf Hempelmann hat es gesagt, und auch ich erkläre es noch einmal – nie gesagt: Wir sind gegen eine Absenkung. Wir haben gesagt: Es gibt ein Potenzial in diesem Markt. Wir wollen, dass dieses Potenzial für alle plausibel und nachvollziehbar ermittelt wird. Von daher sage ich noch einmal deutlich: Wir werden darauf beharren, dass die entsprechenden Sachverständigen zusammenkommen und uns vorrechnen, welche Absenkung vertretbar ist, ohne dass die Branche größeren Schaden nimmt, als sie ohnehin nehmen wird. Dass es eine Marktberreinigung geben wird, darüber sind wir uns völlig einig. Aber helfen Sie doch bitte schön mit, 50 000 Menschen, die in diesem Land im Bereich der Fotovoltaik oder einem ähnlichen Handwerk arbeiten, eine Chance zu geben, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch das BMWi. Wir stehen sicherlich nicht im Verdacht, dass wir das BMWi in irgendeiner Art und Weise beeinflusst haben.

Sie wollen doch auch, dass die heimische PV-Industrie ihren technologischen Vorsprung sichert und damit wettbewerbsfähig bleibt. Dafür muss man ihr aber einen gewissen Zeitraum gewähren. Man kann die Förderung nicht binnen eines Jahres um 35 Prozent kürzen. Ich bitte Sie: Helfen Sie, den Beginn zu verschieben und die vorgesehenen Zeiträume zu verlängern! Das würde die Folgen abmildern. Lassen Sie uns gemeinsam und nachvollziehbar einen Satz festlegen, den die Branche verkraften kann. Wir sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, den Arbeitsplatzaspekt zu bedenken. (D)

Unser Antrag anlässlich zehn Jahre EEG hat heute leider keine Rolle gespielt. Deswegen will ich zum Schluss sagen: Wir haben den Anlass zehn Jahre EEG genutzt, festzustellen: Viel Gutes ist erreicht, und wir sind auf einem guten Weg. Entscheidend ist aber, dass wir die Erfolge, die das EEG im Strombereich gebracht hat, zum Ansporn nehmen, jetzt auch in den anderen Sektoren, in denen wir von den Zielen weit entfernt sind, ähnlich engagiert und erfolgreich zu arbeiten.

Ich will an dieser Stelle die Bedeutung des **Wärmebereiches** herausstellen: Über 50 Prozent des Energieverbrauchs entfallen auf den Wärmebereich. Die angepeilten Ziele im Wärmebereich, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, werden wir mit den vorhandenen Instrumenten nicht erreichen; wir werden diese Potenziale nicht heben. Ich bitte, den Schwerpunkt der Diskussion – abseits der Diskussion über Kernenergie versus PV – auf Wärme und Energieeffizienz zu legen. Wir brauchen für den Wärmebereich schnellstmöglich eine ambitionierte Gesetzgebung; ansonsten werden wir unsere Ziele bei weitem nicht erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Horst Meierhofer von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Horst Meierhofer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sieht, wie die älteren Kolleginnen und Kollegen aus der guten alten Zeit erzählen, bekommt man das Gefühl, man sieht eine *History*-Sendung von Guido Knopp.

(Heiterkeit)

Natürlich kann man an Sternstunden erinnern, und wir sind uns einig, dass das EEG gute Effekte hatte. Die FDP hat sich dem auf meine Anregung hin angeschlossen. Das EEG hatte aber auch negative Effekte. Auch auf diese sollten wir eingehen. Wir dürfen, wenn wir überlegen, wie wir uns die Zukunft vorstellen, nicht verklären, was in der Vergangenheit passiert ist; das halte ich für das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der FDP: Zukunft!)

Es hat mir gut gefallen, Herrn Scheer heute einmal zu hören. Er ist ja, wie man regelmäßig hört, einer der Väter des EEG. Ich habe ihn in der täglichen Arbeit des Umweltausschusses in den letzten vier Jahren lediglich einmal – bei einer Sitzung zu IRENA – zu dieser Thematik reden hören. Ich fände es wichtig, dass sich diejenigen, die hier anklagen oder versuchen, Zwietracht zwischen den Parteien zu säen, auch an der Arbeit beteiligen. Dann kann man über das, was man will, reden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Der Koalition geht es darum, das **EEG weiterzuentwickeln**. Der Vorwurf, wir machten die Branche kaputt, ist absurd. Das Gegenteil ist der Fall: Nur dadurch, dass wir helfen, effizienter zu werden, können wir diese Technologien nach vorne bringen, können wir dafür sorgen, dass die Innovationen vorangetrieben werden. Innovationen entstehen nicht, wenn die Firmen weiter ohne Anstrengungen mit zweistelligen Renditen rechnen können. Das kann im Übrigen nicht der Sinn der Förderung erneuerbarer Energien sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen auch, warum. Es ist nicht so, dass ich denen, die in diesen Bereich investieren, die Rendite nicht gönnen würde. Es ist vielmehr so, dass man feststellen muss, dass es Menschen gibt, die den erneuerbaren Energien kritischer gegenüberstehen als noch vor zwei oder drei Jahren. Das kann nicht unser Ziel sein. Unser Ziel muss sein, dass die Nutzung der erneuerbaren Energien maximal ausgebaut wird. Dies wird dann erreicht, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher das Gefühl haben, dass mit ihrem Geld vernünftig umgegan-

gen wird. Dieser Gedanke ist in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Umfragen sagen das Gegenteil!)

In dem Antrag der Grünen habe ich ein paar Punkte gefunden, die mir nicht logisch erscheinen. Einen möchte ich gleich ansprechen: Frau Höhn hat gesagt, dass große **Grundlastkraftwerke und dezentrale Lösungen für die Gewinnung erneuerbarer Energien** nicht zusammenpassten.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die Netze verstopften. Wir verhinderten den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien, wenn deren Einspeisung nicht flexibel genug geregelt werden könne.

Herr Kauch hat darauf hingewiesen, dass sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Einspeisevorgang bezieht. So ist es. Alles andere müssen die Energieversorger entscheiden. Es ist doch nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass mit jedem Energieträger an jeder Stelle zu jedem Zeitpunkt effizient Energie erzeugt werden kann. Zu entscheiden, wo wann wie Energie erzeugt wird, ist Aufgabe der Energieversorger. Es gibt genügend Ideen – übrigens auch für Kohle und Kernkraft –, wie man sich schneller und flexibler der Last anpassen kann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Die haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie das nicht können!) (D)

Wenn Sie gegen Großkraftwerke sind, dann müssen Sie gegen Offshore-Windparks sein, und dann müssen Sie gegen große zentrale Anlagen wie Desertec sein. Bei solchen Anlagen sind Sie mindestens so unflexibel, wie Sie es uns zu sein vorwerfen. Aber das eine sind eben Wind und Fotovoltaik, während das andere Kohle und Kernkraft sind. Pauschal das eine für gut, das andere aber für schlecht zu halten, ist inhaltlich bestimmt nicht fundiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sprechen von Rechtssicherheit und weisen darauf hin, dass wir den Menschen hier Vertrauensschutz geben müssen. Ja, das müssen wir. Vertrauensschutz bedeutet aber doch nicht, dass man überfördert. Wir dürfen nicht überfördern, weil wir damit auch die **Akzeptanz in der Bevölkerung** – das ist mein zentraler Punkt – aufs Spiel setzen.

Wir müssen bei der Windkraft in Zukunft das Re-powering verstärken.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das einmal der FDP in Nordrhein-Westfalen!)

Horst Meierhofer

- (A) Wir müssen Kleinigkeiten verbessern und beispielsweise darauf hinwirken, im Rahmen der Befeuerungspflicht Transponder einzusetzen. Diese kleinen Verbesserungen können zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung führen.

Wir müssen dazu kommen, dass wir zum Beispiel den Anteil der Fotovoltaik am Gewerbesteueraufkommen genauso vor Ort verteilen können, wie es auch bei der Windkraft der Fall ist. Diejenigen, die den Nachteil erleiden, sollen auch die Vorteile haben.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das haben wir schon immer verlangt!)

Dies muss bei der nächsten großen Novelle geschehen. Das muss das EEG in Zukunft leisten. Es geht nicht darum, darzustellen, was man in den letzten Jahren Tolles geleistet hat, sondern darum, in der Zukunft Erfolge zu erreichen.

Auch bei der **Geothermie** müssen wir aktiv werden. Ist es nicht so, dass es beispielsweise in Wiesbaden Probleme gibt, weil die Menschen Angst haben, infolge der Nutzung von Geothermie könnten Mauern einstürzen? Dort müssen wir aufklären. Wir müssen einen Geothermie-Atlas erarbeiten, entsprechende geologische Untersuchungen durchführen und beispielsweise die Konkurrenzen mit CCS auflösen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wollen Sie unter Wiesbaden CCS realisieren?)

- (B) Diese Aufgabe ist von uns zu lösen. Das müssen wir in der Zukunft leisten. Man darf nicht versuchen, die anderen zu diskreditieren und zu erklären, wie toll man in der Vergangenheit war. Damit kommen Sie bestimmt nicht weiter. Dadurch wird nur die Akzeptanz verkleinert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun die Kollegin Marie-Luise Dött von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute als letzte Rednerin den Sack zumachen zu können; denn wir sind hier, um das EEG zu würdigen. Deutlicher, als wir es im Koalitionsvertrag getan haben, kann man das EEG gar nicht würdigen. Es bleibt für uns das Schlüsselinstrument für den erfolgreichen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das mit Herrn Fuchs schon so abgesprochen?)

Damit ist und bleibt es auch das Schlüsselinstrument für die Erreichung unserer zentralen Klimaziele und zum Umstieg von der CO₂-basierten Energieversorgung in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die **Erfolge des EEG** können sich sehen lassen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung beträgt heute bereits 16 Prozent. Mit den erneuerbaren Energien haben wir allein im Jahr 2007 – dafür liegen gesicherte Zahlen vor – rund 100 Millionen Tonnen Treibhausgase in CO₂-Äquivalenten eingespart. Anlagen und Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sind ein deutscher Exportschlager. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind auch Tausende Arbeitsplätze entstanden.

Insoweit sind zehn Jahre Erneuerbare-Energien-Gesetz in der Tat ein Anlass, diese Erfolge noch einmal deutlich zu machen. Es sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass das EEG zwar seit zehn Jahren unter diesem Namen existiert, dass allerdings die Union und die FDP mit dem Stromeinspeisegesetz den gleichen Ansatz zur Förderung der erneuerbaren Energien bereits im Jahr 1990 eingeführt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Das trifft auch auf das EEG zu. Ein Erfolgskriterium für politische Steuerungsinstrumente ist sicher die **Effektivität**. Ein noch wichtigeres ist allerdings die **Effizienz**. Bei der Effizienz, also dem Erreichen der Ziele mit möglichst geringem finanziellen Aufwand, gibt es Defizite, die wir beseitigen müssen.

Das Hauptproblem im EEG lässt sich sehr einfach darstellen. Die Verbraucher zahlen für die Entwicklung der **Fotovoltaik** derzeit unnötig viel Geld. Genau deshalb haben wir bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, in diesem Bereich der erneuerbaren Energien kurzfristig Anpassungen der Förderung vorzunehmen. Bei dieser Anpassung gibt es zwei zentrale Vorgaben: erstens die Entlastung der Bürger von unnötig hoher Einspeisevergütung und zweitens die Sicherung der Entwicklungsbedingungen für die Branche. Beiden Vorgaben gleichzeitig zu entsprechen, ist nicht einfach. Wir sind hier aber auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, allen, die sich in der Diskussion gern schnell auf die Seite der Anlagenhersteller schlagen und meinen, mit möglichst großzügiger Vergütung würde viel erreicht, will ich ganz deutlich sagen: Die hohe Förderung der Fotovoltaik in Deutschland hat dazu geführt, dass im Jahre 2009 die Hälfte der hier installierten Module importiert war. Der Umfang der Produktion von Modulen im Inland ist im gleichen Jahr kaum noch gewachsen. Die hohe Einspeisevergütung hat also dazu geführt, dass die Innovationsdynamik der Hersteller in Deutschland deutlich nachgelassen hat. Ausländische Anbieter, zum Beispiel aus China, können wachsende Marktanteile für ihre billigeren Solarpaneele verbuchen.

Wir wollen dem Bereich erneuerbare Energien Entwicklungschancen geben. Wir sind dazu bereit, die Marktdurchdringung zu unterstützen. Ungerechtfertigt hohe Dauersubventionen – Herr Scheer, ob sie nun Subventionen heißen oder nicht, ist egal; Kosten für die Bürger sind das allemal – helfen aber niemandem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött

(A) Wer dem Bereich Fotovoltaik wirklich helfen will, wer die notwendigen Innovationen anstoßen will, wer die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Paneelhersteller sichern will, wer Arbeitsplätze in diesem Bereich erhalten und schaffen will und wer das EEG auch weiterhin als Steuerungsinstrument für die Entwicklung der erneuerbaren Energien behalten will, der muss die Einspeisevergütung so ausgestalten, dass eine wirtschaftliche Motivation für Effizienzsteigerungen bewirkt wird, und der muss mit notwendigen Änderungen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Akzeptanz des EEG insgesamt und auch die Akzeptanz der erneuerbaren Energien insgesamt bei den Verbrauchern erhalten bleiben. Nur derjenige, der sich verändert und auf Entwicklungen reagiert, wird erfolgreich bleiben. Das gilt auch hinsichtlich des EEG.

Nicht nur ein effizientes EEG ist eine Voraussetzung für den Ausbau erneuerbarer Energien. Um die Erneuerbaren wie geplant zu einer entscheidenden Säule der Energieversorgung zu entwickeln, muss eine **Integration in das Stromversorgungssystem** erfolgen. Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit der Energiebereitstellung für Bürger und Unternehmen bleiben dafür Grundsätze.

Genau aufgrund dieser beiden Grundsätze ist es erforderlich, dass wir den heutigen **Energiemix** so entwickeln, dass bestehende Vorteile von Energieträgern wie Kohle, Kernenergie und Gas für die Integration der Erneuerbaren genutzt werden. Diese Vorteile sind: vergleichsweise günstige Preise, Grundlastfähigkeit und die Möglichkeit zur Bereitstellung von Regelenergie.

(B) Insoweit unterstützen wir die Entwicklung der erneuerbaren Energien mit unserem aktuellen Energiemix. Diese Unterstützung der erneuerbaren Energien ist auch bis auf Weiteres noch erforderlich, zumindest so lange, bis es für die erneuerbaren Energien ein angemessenes Preisniveau gibt und bis durch Speichertechnologien, die eine Speicherung in ausreichendem Umfang sicherstellen, ein dauerhaft verlässliches Stromangebot aus Erneuerbaren ermöglicht wird. Das richte ich ganz besonders an die Adresse von Herrn Fell.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schauen Sie sich einmal die Zahlen an!)

Insoweit ist das Ausspielen von Kohlestrom und Kernenergie gegen die Erneuerbaren nicht nur sachlich falsch, sondern auch ein durchsichtiges ideologisch motiviertes Manöver, um bis auf Weiteres wichtige Energieträger in Deutschland zu diskreditieren. Durch den Versuch, Kernenergie und Kohle gegen die erneuerbaren Energien auszuspielen, wird der Entwicklung der erneuerbaren Energien nicht geholfen, sondern geschadet. Man gibt den erneuerbaren Energien damit eine Rolle in der Energieversorgung, die bis heute noch nicht ausgefüllt werden kann. Man kann „leider“ dahinter sagen, aber es funktioniert halt noch nicht.

In unserer Verantwortung liegen **Klimaschutzverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Preiswürdig-**

keit. Das sind unsere Maßstäbe für die Energieversorgung. Anhand dieser Maßstäbe wird zu entscheiden sein, welcher Energieträger welche Rolle im Energiemix Deutschlands haben muss. Ich sage Ihnen schon heute: Es wird nur gemeinsam mit der Kohle und nur mit der Kernenergie funktionieren. (C)

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, Ihre Anträge sind weniger ein Beitrag für die Entwicklung der erneuerbaren Energien, Ihr wahres Ziel ist vielmehr der Angriff auf andere Energieträger. Genau deshalb lehnen wir die Anträge ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt gute Gründe, die Atomenergie abzulehnen!)

Wer einmal mehr Ideologie vor Sachverstand setzt, der vernichtet wirtschaftliches Vermögen, gefährdet den Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach Gott! Kommen Sie endlich einmal weg von dem alten Denken!)

macht Deutschland zu einem politisch erpressbaren Energieimporteur und gefährdet den sozialen Frieden, weil die daraus resultierenden Kostensteigerungen letztlich durch die Bürger getragen werden müssen. Der Umbau der Energieversorgung, die Veränderung des Energiemix, muss ein evolutionärer Prozess sein. Genau diese evolutionäre Entwicklung wird durch das in Arbeit befindliche Energiekonzept der Bundesregierung erreicht.

Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/778 und 17/799 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten

Jahresbericht 2008 (50. Bericht)

– Drucksachen 16/12200, 17/591 Nr. 1.6, 17/713 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Anita Schäfer (Saalstadt)
Karin Evers-Meyer
Christoph Schnurr
Paul Schäfer (Köln)
Omid Nouripour

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Redezeit des Wehrbeauftragten nicht einbezogen ist.